


 russland-  
analysen

<http://www.laender-analysen.de/russland/>
**KRISE IM SÜDKAUKASUS**

■ ANALYSE		
Der »Süd-Ossetien-Krieg«: Die regionale Dimension		2
Uwe Halbach, Berlin		
■ ANALYSE		
Völkerrechtliche Aspekte des »Georgien-Krieges« (2008)		5
Otto Luchterhandt, Hamburg		
■ CHRONIK		
Eine Chronologie des russisch-georgischen Konflikts		8
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Der Kaukasuskrieg in den Augen der russischen Öffentlichkeit		12
■ ANALYSE		
Russland und der Kaukasuskrieg		16
Hans-Henning Schröder, Bremen/Berlin		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Russland und die Welt nach dem Fünf-Tage-Krieg		20
<hr/>		
■ CHRONIK		
Vom 1. bis zum 18. September 2008		28
<hr/>		
■ LESEHINWEIS		
Abstracts von Artikeln mit Russlandbezug in OSTEUROPA 6/2008 und 7/2008		30



## Analyse

# Der »Süd-Ossetien-Krieg«: Die regionale Dimension

Uwe Halbach, Berlin

## Zusammenfassung

Der sechste Kaukasuskrieg hat sich seit einiger Zeit angekündigt. Natürlich stellt sich die Frage, wer welchen Anteil daran hatte, dass es zu solch einer Eskalation kam. Die Antwort ist nicht einfach. Der Krieg ging aus einer sich seit März 2008 verdichtenden Ereigniskette gegenseitiger Provokationen hervor, in der alle beteiligten Konfliktseiten mit dem Feuer gespielt haben. In den letzten vier Jahren begab sich Georgien mit seiner prononcierten außen- und sicherheitspolitischen Ausrichtung nach Westen und einer forcierten Politik der Reintegration seiner abtrünnigen Landesteile in Konflikt mit Russland. Dabei traf das georgische Bestreben nach Emanzipation von russischer Machtpolitik auf eine Realität, in der Russland nach wie vor über wichtige Hebel zur Einmischung in südkaukasische Angelegenheiten verfügte. Wie es dann zu der unseligen georgischen Offensive gegen Zchinwali vom 7.–8. August kam, bleibt gleichwohl eine offene Frage, die der georgische Präsident vor allem seinem eigenen Land zu beantworten hat.

## Der »sechste« Kaukasuskrieg

Im August wurde die Weltöffentlichkeit mit einem neuen Kaukasuskrieg konfrontiert. Er wird als der »Süd-Ossetien-Krieg« in die Geschichte eingehen und war mit Abstand der kürzeste von insgesamt sechs Kriegen, die seit dem Ende der Sowjetunion im Nord- und Südkaukasus ausgetragen wurden. In Süd-Ossetien selbst war es der dritte größere Waffengang nach der kriegerischen Konfliktphase von 1991–92 und einer georgischen Offensive zur Bekämpfung von Schmuggel in der Konfliktzone im August 2004. Wie kein regionales Ereignis zuvor jagte dieser »Fünftage-Krieg« Schockwellen durch die internationale Politik, geriet hier doch erstmals Russland mit einem souveränen Nachbarland in militärischen Konflikt.

## Konfrontation im Vorfeld

Seit dem Frühjahr 2008 haben sich die Spannungen im Umfeld der beiden ungelösten Sezessionskonflikte Georgiens zunehmend verstärkt. Wiederholt beschuldigten sich die Konfliktparteien in Süd-Ossetien und Abchasien gegenseitig, größere Kriegshandlungen vorzubereiten. Zudem war seit drei, vier Jahren zu beobachten, wie sich die russisch-georgischen Beziehungen zum prekärsten zwischenstaatlichen Verhältnis im GUS-Raum entwickelten.

Mit seiner prononcierten außen- und sicherheitspolitischen Ausrichtung nach Westen und einer forcierten Politik der Reintegration begab sich Georgien in Konflikt mit Russland. Dabei traf das georgische Bestreben nach Emanzipation von russischer Machtpolitik auf eine Realität, in der Russland nach wie vor über wichtige Hebel zur Einmischung in südkaukasische Angelegenheiten verfügte. Nach weitgehender Räumung seiner

Militärbasen in Georgien gehörten dazu weiterhin russische Friedenstruppen in Abchasien und Süd-Ossetien, die georgische Abhängigkeit von russischen Energielieferungen (2006 95 % des georgischen Gas- und 53 % des Stromverbrauchs) und ein migrationspolitischer Hebel, der durch wachsende georgische Arbeitsmigration nach Russland entstand. Dass Moskau diese Hebel einzusetzen weiß, zeigten Sanktionen gegen Georgien, die im Herbst 2006 verhängt wurden – in Reaktion auf die Verhaftung angeblicher russischer Spione in Tiflis und die provokant-theatralische Behandlung dieser »Spionagekrise« durch die georgische Regierung. Zu den Strafmaßnahmen gehörten ein Importverbot für Wein und Mineralwasser aus Georgien, die Verdoppelung des Ölpreises und die vorübergehende Unterbrechung von Luft-, See-, Post- und Bankverbindungen.

In erster Linie sah Georgien seine Souveränität durch die russische Unterstützung der Regierungen in Abchasien und Süd-Ossetien bedroht. Diese wurde nochmals verstärkt, als Präsident Putin in Reaktion auf die Kosovopolitik des Westens am 16. April 2008 die enge Zusammenarbeit russischer Behörden mit den Regierungsstellen in Abchasien und Süd-Ossetien verfügte. Russland trat nun aus einem GUS-Abkommen von 1996 aus, das Wirtschafts- und Handelsblockaden über Abchasien verhängt hatte. Russische »Friedenspolitik« im Südkaukasus war aus georgischer Sicht nun vollends »piece keeping, not peacekeeping«.

Zwei überregionale Ereignisse standen bei dieser Entwicklung Pate: die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo und deren Anerkennung durch mittlerweile 46 Staaten und der NATO-Gipfel von Bukarest, bei dem es um die Beitrittsperspektive Georgiens und der Ukraine ging.

## Europäische Schlichtungsversuche

Europa stand vor der Herausforderung, dieser Konfrontation in seiner Nachbarschaft entgegen zu treten, auf beide Seite beschwichtigend einzuwirken, deutlich zu machen, wie viele gemeinsame Sicherheitsinteressen zwischen der »Großmacht« Russland mit ihrer eigenen höchst instabilen kaukasischen Peripherie und ihrem derzeit ungeliebten kleinen Nachbarn im Kaukasus eigentlich bestehen. Was die Aufmerksamkeit für ungelöste, bis vor kurzem noch als »frozen« bezeichnete Regionalkonflikte im postsowjetischen Raum betraf, hat der Krieg die internationale Politik gewiss nicht aus einem Tiefschlaf gerissen. Seit dem Frühjahr 2008 liefen diplomatische Aktionen der EU, der OSZE und der USA auf diesem Feld. Deutschland als Koordinator in der Freundesgruppe des Generalsekretärs der VN für Georgien (zu der auch Russland, USA, Frankreich und Großbritannien gehören) stellte einen dreistufigen Friedensplan für Abchasien vor und lud zu Verhandlungen zwischen den Konfliktseiten im Rahmen der Freundesgruppe nach Berlin ein. Der Süd-Ossetien-Krieg vereitelte diesen Plan. Die Aufmerksamkeit und die Bemühungen für Konfliktprävention bezogen sich besonders auf Abchasien, die größere, strategisch bedeutendere Sezessionsrepublik. Anfang August meldete die internationale Berichterstattung nach mehreren bewaffneten Zwischenfällen akute Kriegsgefahr für Süd-Ossetien.

## Wie kam es zum Krieg?

In der unübersichtlichen Situation der Kriegstage hielten sich deutsche und europäische Politiker mit Schuldzuweisungen zurück. Erst mit gewissem Abstand wurde Ursachenforschung angemahnt: Wer hat welchen Anteil an der Eskalation? Die Antwort ist nicht einfach. Der Krieg ging aus einer sich seit März 2008 verdichtenden Ereigniskette gegenseitiger Provokationen zwischen georgischen, ossetischen, abchasischen und russischen Akteuren hervor. Wie es dann zu der unseligen georgischen Offensive gegen Zchinwali vom 7.–8. August kam, bleibt gleichwohl eine offene Frage, die der georgische Präsident vor allem seinem eigenen Land zu beantworten hat.

Saakaschwili wehrte sich allerdings gegen den Vorwurf, er habe leichtfertig einen Krieg vom Zaun gebrochen. Seit Wochen habe er vor militärischer Eskalation gewarnt und am Vorabend des Kriegs vergeblich versucht, von Russland Aufklärung über Truppenbewegungen zwischen Nord- und Süd-Ossetien zu erlangen. Am Abend des 7. August habe er eine Waffenstillstandserklärung an Süd-Ossetien gerichtet, was auf der Gegenseite mit verstärkten Angriffen gegen georgische Dörfer in der Konfliktzone erwidert wurde. Selbst wenn die Offensive durch vorherige, bislang nicht bestä-

tigte russische Truppenbewegungen provoziert wurde, erheben sich Zweifel an ihrer Durchführung. Warum wurde nicht als erstes der Roki-Tunnel zerstört, jenes Nadelöhr zwischen Nord- und Süd-Ossetien, die einzige leistungsfähige Transportlinie für Waffen und Truppen aus Russland in die Konfliktzone? »Stattdessen hat er nachts, am Vorabend der Olympischen Spiele, eine schlafende Stadt beschossen«, kritisierte schon in den ersten Kriegstagen der ehemalige georgische Minister für Konfliktlösung die Offensive mit 27 Raketenwerfern gegen Zchinwali.

Georgische Politiker hatten schon wiederholt mit der Option militärischer Konfliktlösung gespielt. Im Sommer 2004 hatte der damals noch neue Präsident Saakaschwili einen Vorstoß mit Sicherheitskräften nach Süd-Ossetien befohlen, um Schmuggel zu bekämpfen. Damit wurden auch die Beziehungen zu Russland nachhaltig belastet. In Abchasien nahmen im Sommer 2006 Truppen des georgischen Innenministeriums das obere Kodori-Tal ein, das damals unter der Herrschaft eines lokalen *Warlords* gestanden hatte. Saakaschwili erklärte dies zum Ausgangspunkt, um Abchasien zurückzuholen. Seither waren die Verhandlungsstränge zu den Konfliktgegnern in Zchinwali und Suchumi unterbrochen.

## Georgische Konfliktbehandlung und westliche Signale

Insgesamt praktizierte Tiflis nach der »Rosenrevolution« eine Konfliktpolitik aus widersprüchlichen Elementen: Da wurden neue Friedensinitiativen und Autonomieangebote an die Konfliktgegner gerichtet – so im März 2008 an die abchasische Seite. Der Vorschlag sah »uneingeschränkte Autonomie im Bestand eines einheitlichen georgischen Staates, Föderalismus, Sicherheitsgarantien und friedliche Entwicklung« vor. Abchasische Vertreter sollten in den nationalen Machtorganen bis zum Posten eines Vize-Präsidenten repräsentiert sein und ein Vetorecht bei Verfassungsänderungen haben. Abchasische Sprache und Kultur sollte durch Gesetze geschützt werden. Doch die Gegenseite lehnte das Angebot umgehend ab – mit Hinweis auf ihre längst konstituierte Eigenstaatlichkeit und die geringe Vertrauenswürdigkeit des Gegners. Tatsächlich untergrub die georgische Führung selbst ihre Vertrauenswürdigkeit – durch Säbelrasseln und massive Aufrüstung, durch eine ungeduldige, mit verengten Zeitperspektiven arbeitende Konfliktpolitik. Zeitdruck hatte sich Saakaschwili selbst auferlegt, als er bei seinem Amtsantritt 2004 am Grabe des bedeutendsten georgischen Königs schwor, die Einheit Georgiens wiederherzustellen.

Westliche Partner Georgiens warnten vor militärischer Eskalation. Im Rückblick entsteht die Frage, ob die Unterlassungssignale deutlich genug gesetzt waren. So wird nun auch in den USA diskutiert, ob die bis-

her erbrachte Unterstützung missverständliche Zeichen gesetzt habe. Nach Angaben des State Department erhielt Georgien seit 2002 830 Millionen US-Dollar an Hilfe. 2006 war es der drittgrößte Empfänger von US-Hilfe per capita (\$93), nach Irak (\$150) und Armenien (\$107), noch vor Afghanistan (\$62). Bis 2006 hatte es 178 Millionen US-Dollar an US-Militärhilfe erlangt. Für den »Anker der regionalen Stabilität und Prosperität«, als der Georgien in Washington plakatiert wurde, wurden 2008 weitere Geldmittel für Reform und Demokratisierung freigegeben, obwohl *Freedom House* die Bewertung der demokratischen Entwicklung auf den Stand des Jahres 2000 zurückstufte.

Doch militärische Rückendeckung für einen Angriff wurde Tiflis nicht signalisiert. Entgegen dem von der russischen Propaganda verbreiteten Klischee, wonach die georgische Führung stets nur auf amerikanische Einflüsterung hin handelt, haben westliche Akteure einschließlich Washingtons Georgien vor militärischer Konfliktlösung gewarnt. Für die gleichwohl erfolgte Offensive wurden Erklärungen gegeben, die auf georgische und kaukasische Mentalität rekurrieren. Die Regierung habe womöglich Tauschbeziehungen von Loyalität und Schutz unter Ungleichen, wie sie in der georgischen Gesellschaft bis in die Gegenwart hinein funktionieren, auf ihr Verhältnis zu befreundeten Staaten übertragen. Gegenüber den USA verhalte sich Georgien mit seiner Loyalitätsbekundung wie gegenüber einem traditionellen Schutzpatron, wenn es z. B. bis vor kurzem mit 2000 Soldaten das drittgrößte militärische Kontingent im Irak stellte, das größte pro Kopf der Bevölkerung des Stellerlandes gerechnet. Hat der loyale Klient vom Patron Rückendeckung für sein Unternehmen in Süd-Ossetien erwartet? (Devi Dumbadze: Das Phantom der Souveränität, *Neue Zürcher Zeitung*, 4.8.2008) Konnte Saakaschwili ernsthaft damit rechnen, bei einer Offensive gegen Süd-Ossetien nur mit ossetischen und nicht mit russischen Militärkräften konfrontiert zu sein? Oder nahm er die Konfrontation mit Russland in Kauf? Auch dafür werden soziologisch-kulturelle Erklärungen bemüht: »Der verlorene Kampf und die Demütigung wird paradoxerweise das Bewährungskriterium des Helden, der im Opferstatus eine umso größere Protektionsanstrengung der zu Solidarität verpflichteten Brüder erzwingt.« (Tilman Allert: *Gamarschobad – Eine Soziologie Georgiens*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 4.9.2008)

#### *Über den Autor*

Dr. Uwe Halbach ist bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin tätig.

#### *Literaturhinweis*

Siehe S. 19.

### **Russlands doppeldeutige Politik**

Viele Anzeichen sprechen dafür, dass die russische Seite auf den Krieg vorbereitet war. Russische Eisenbahntuppen hatten einige Wochen zuvor in einer »humanitären Aktion« beschädigte Bahnlinien in Abchasien instand gesetzt, die dann zum Transport russischer Truppen benutzt wurden. Außerdem wurden wiederholt georgische Aufklärungsdrohnen über Abchasien abgeschossen. Seit Monaten sickerten Kräfte aus dem russländischen Nordkaukasus in die georgischen Konfliktzonen: darunter Kosakenverbände und freiwillige Kämpfer aus nordkaukasischen Volksgruppen, die ihre Solidarität mit Abchasen und Osseten gegen Georgien bekundeten. Da vernetzte sich der Nordkaukasus mit dem Südkaukasus, ebenso kooperierten, unterstützt durch Moskau, postsowjetische Sezessionsregierungen von Transnistrien bis Süd-Ossetien untereinander. Seit langem haben die beiden abtrünnigen georgischen Landesteile ihr Beziehungsnetzwerk mit Russland ausgebaut. Die Stichworte hierzu: Passportsazija, d. h. die Erteilung russischer Staatsbürgerschaft an die Mehrheit der lokalen Bevölkerung in den zurückliegenden Jahren, die Besetzung der süd-ossetischen Regierung mit Personal aus den Militär- und Geheimdienstapparaten Russlands, Durchdringung Abchasiens mit russischem Kapital und russischen Touristen.

Dabei präsentiert Russland seit vielen Jahren eine doppelböde Politik gegenüber Separatismus und muss sich die Frage gefallen lassen: Wie hältst du es mit der Souveränität deiner Nachbarn? Die Frage ist an ein Russland zu stellen, das seine eigene Souveränität über alle Maßen heiligt, davon Begriffe wie »souveräne Demokratie« zur Beschreibung seines politischen Systems ableitet, das auf weltpolitischer Bühne gemeinsam mit China Separatismus zu den »drei Kräften« zählt, die eine neue Sicherheitspolitik herausfordern; an ein Russland, das die Kosovo-politik des Westens mit dem Hinweis kritisiert, Legalisierung von Sezession beschädige das Völkerrecht, und das seinen eigenen Sezessionskonflikt mit Tschetschenien mit äußerster militärischer Gewalt niedergeworfen und sich Kritik an diesem Vorgehen als Einmischung in seine inneren Angelegenheiten verboten hat; an ein Russland, das aber andererseits gegenüber dem »nahen Ausland« mit Sezessionsregierungen eng kooperiert, diese nun auch diplomatisch anerkannt hat, das im Kaukasus eine Monopol auf Peacekeeping beanspruchte und doch weit davon entfernt war, Neutralität und Äquidistanz zu den internen Konfliktparteien zu wahren.

## Analyse

# Völkerrechtliche Aspekte des »Georgien-Krieges« (2008)

Otto Luchterhandt, Hamburg

## Einleitung

Wer hat den »Georgien-Krieg« angefangen? War es Georgien? War es Russland oder vielleicht Süd-Ossetien? Aus völkerrechtlicher Sicht ist die Antwort auf diese Frage höchst wichtig, denn es gilt im »Modernen Völkerrecht«, d. h. seit etwa 1945, das Verbot des Angriffskrieges. Seine Entfesselung stellt sogar ein völkerrechtliches »Verbrechen« dar, das heute vom Internationalen Strafgerichtshof der Vereinten Nationen verfolgt werden kann, auch wenn natürlich jeder weiß, dass ein Krieg nicht plötzlich ausbricht, sondern viele Verursacher und eine meist lange Vorgeschichte hat, in der alle Konfliktparteien ihre Rolle gespielt haben.

Im Falle Süd-Ossetiens ist das keineswegs anders, denn das ehemals »Autonome Gebiet« ist ein frühes, fragwürdiges Produkt Stalinscher Kaukasuspolitik, eine unheilvolle Hinterlassenschaft aus dem Zerfallsprozess der UdSSR und schon einmal – 1990 bis 1992 – als Objekt und Ort nationalistischer Leidenschaften Schauplatz eines Krieges zwischen Georgiern und Osseten gewesen. Der Krieg wurde am 24. Juni 1992 in Sotschi durch ein von Boris Jelzin und Eduard Schewardnadse unterzeichnetes »Abkommen über die Prinzipien der Regelung des georgisch-ossetischen Konflikts« beendet. Es wurde ein Waffenstillstand vereinbart, eine demilitarisierte Sicherheitszone ca. 15 km beiderseits der Südgrenze des Gebiets eingerichtet, eine vierseitige »Gemischte Kontrollkommission« zur Überwachung des Waffenstillstandes unter Russlands Vorsitz und mit Beteiligung von Georgien, von Süd- und von Nord-Ossetien berufen und ferner eine aus drei Kontingenten - Russland, Georgien und Süd-Ossetien - mit je 500 Mann (Soll-Stärke) bestehende Peacekeeping-Truppe mit Sitz in der Hauptstadt Zchinwali gebildet. Das Abkommen wurde 1994 und besonders nachdrücklich 1996 in Moskau durch ein »Memorandum« über einen allseitigen Gewaltverzicht bekräftigt. Auch die OSZE-Mission in Georgien war daran beteiligt.

Bis zum Ende der Ära Schewardnadse (2004) hielten die Vereinbarungen. Nachdem Saakaschwili Präsident Georgiens geworden war und er »ohne einen Schuss« die Autonome Republik Adscharien (Batumi) wieder unter die Gewalt der Zentralregierung gebracht und ihre Macht im unkontrollierten Swanetien (Hochkaukasusgebiet) gegenüber den lokalen Warlords demonstriert hatte, versuchte er, auch die beiden an Russland grenzenden nicht anerkannten Republiken Abchasien und Süd-Ossetien zurückzuholen. Seitdem häuften sich die Konflikte mit und in beiden Gebieten, besonders in Süd-Ossetien. Regelmäßig kam es in den Sommermonaten zu nächtlichen Scharmützeln zwischen den

dort bereichsweise in Streulage siedelnden Osseten und Georgiern. Auch 2008 wiederholte sich dies, allerdings noch häufiger und heftiger. Beide Seiten schienen, so sahen es die russische und die georgische Presse, auf eine »Entscheidung« zuzusteuern. Die von ihr wegen Ineffektivität und Parteinahme für Süd-Ossetien heftig kritisierte »Gemischte Kontrollkommission« wollte die georgische Regierung, anders als früher, nicht mehr einschalten. Am 7. August zog sie ihre Vertreter aus dem Hauptquartier in Zchinwali ab.

## Die Kriegshandlungen Georgiens

In der Nacht vom 7. auf den 8. August gab Staatspräsident Saakaschwili den Befehl zum Angriff auf Zchinwali, nachdem georgische Streitkräfte mit zwei Brigaden (6.600 Mann) an der Gebietsgrenze aufmarschiert waren und bereits in der vorhergehenden Nacht einen Ring um die Stadt gezogen hatten. Mit Luftunterstützung wurden Bodentruppen und Artillerie eingesetzt, dabei auch »Streubomben«. Georgien verstieß damit gegen das zwingend verbindliche Gewaltverbot der UN-Charta (Art. 2 Nr. 4 Satzung der Vereinten Nationen/SVN). Auf die Ausnahme, sich gegen einen »bewaffneten Angriff« (armed attack) verteidigen zu dürfen (Art. 51 SVN), konnte das Land sich nicht berufen, denn die von Saakaschwili vorgebrachte Begründung, georgische Dörfer seien von ossetischer Seite beschossen worden, war angesichts der relativen Häufigkeit solcher Vorgänge dafür ein zu geringfügiger lokaler Anlass. Zwecks »Verteidigung« einen Krieg zu entfesseln, war unangemessen und wegen der klaren Unverhältnismäßigkeit dieser Gegenmaßnahme völkerrechtswidrig. Saakaschwilis zusätzliche Behauptung, Georgien habe auf die Invasion russischer Panzer durch den Roki-Tunnel nur reagiert, entspricht nicht den Tatsachen: Die Panzer kamen erst am 8. August mittags.

Zwar war Süd-Ossetien zu diesem Zeitpunkt formell ein Teil des georgischen Staates, aber Georgien

war auch ihm gegenüber an das allgemeine Gewaltverbot gebunden, denn dieses schützt nach herrschender Meinung auch »stabilisierte *de facto*-Regime«, d. h. staatsähnliche Gebilde mit partieller Völkerrechtsfähigkeit wie einst die DDR (vor ihrer internationalen Anerkennung) und heute z. B. die »Türkische Republik Nordzypem«. Diesen rechtlichen Status besitzt auch Süd-Ossetien, da es eine Regierung auf einem von Georgien nicht beherrschten Gebiet hat. Souverän muss sie nicht sein, und ebenso wenig muss das Territorium mit den Verwaltungsgrenzen der einstigen Autonomie zusammenfallen.

Georgien hat durch den Angriff auf Süd-Ossetien außerdem seinen 1992/1996 vertraglich übernommenen Verzicht auf Gewaltanwendung gebrochen. Die Abkommen waren, obwohl vielfach verletzt und durchlöchert, von Georgien trotz seiner Unzufriedenheit damit, nicht gekündigt worden, galten also noch.

Durch den Angriff hat Georgien wesentliche Gebote und Verbote des humanitären Völker- bzw. Kriegrechts (IV. Genfer Konvention/1949 und 1. Zusatzprotokoll/1977: Art. 48, 51, 52, 59) verletzt, vor allem das Verbot, die Zivilbevölkerung und zivile Objekte sowie »unverteidigte Orte« anzugreifen. In einer demilitarisierten Zone gelegen, waren Zchinwali und die umliegenden Dörfer bis auf die Peacekeeping-Einheiten frei von militärischen Einrichtungen. Betroffen waren von dem Angriff daher fast ausschließlich Zivilisten und zivile Objekte: Wohnhäuser, Schulen, Verwaltungsgebäude, Krankenhäuser usw.

Der Einsatz von Streubomben verstieß gegen das Verbot, Waffen zu verwenden, die ihrer Eigenart nach geeignet wären, »unterschiedslos« blind militärische und zivile Objekte zu treffen.

### Die Interventions- und Kriegshandlungen Russlands

Russland hat zwar, wie die Staatengemeinschaft insgesamt, die Zugehörigkeit Süd-Ossetiens zur Republik Georgien nicht bestritten, aber die georgische Souveränität über das Gebiet immer wieder und teilweise durch erhebliche Verstöße gegen das Verbot der Einmischung in die inneren Angelegenheiten, also gegen das in Art. 2 Nr. 1 der UN-Charta niedergelegte sog. Interventionsverbot verstoßen. Dazu zählen u. a. demonstratives Eindringen in den Luftraum, unzureichende oder fehlende Kontrolle der Staats- und Zollgrenze, insbesondere des Roki-Tunnels, und dadurch die Begünstigung illegaler Aktivitäten (Spirituosenschmuggel usw.) auf georgischem Gebiet, Zulassung der Einreise von Freischärlern aus dem Nordkaukasus nach Süd-Ossetien und manipulative Angriffe von Hackern auf Internetseiten georgischer Regierungen.

Auch die nicht vereinzelte sondern »flächendeckende« Verleihung der Staatsangehörigkeit Russlands an die Bewohner Süd-Ossetiens verstieß gegen das Interventionsverbot. Zwar lässt das Völkerrecht Einbürgerungen von Ausländern zu, aber nur, wenn diese, im vorliegenden Falle also die Süd-Osseten, eine spezifische persönliche und enge Beziehung zu Russland vorweisen können; eine allgemein politische Nähe reicht nicht. Masseneinbürgerungen auf fremdem Staatsgebiet lebender Personen sind völkerrechtswidrig.

Auch mit der Behauptung, das Vorgehen Georgiens in Süd-Ossetien sei Völkermord, kann Russland seine Militärfaktion nicht rechtfertigen. Zwar sind durch den georgischen Angriff viele Menschen getötet und vertrieben worden, aber die von dem Völkermord-Tatbestand (Art. II der UN-Konvention vom 9.12.1948) auch nach russischem Strafrecht (Art. 357 StGB) geforderte Absicht, die Osseten als nationale bzw. ethnische Gruppe ganz oder teilweise »als solche« (as such; kak takovoj) zu vernichten, hatte die georgische Führung ganz offensichtlich nicht. Es ging ihr allein darum, Süd-Ossetien »im Handstreich« zurückzuerobern, bevor Russland auf den Plan treten konnte. Aber das Genozid-Argument ist ohnehin nur eine politische »Retourkutsche« an die Adresse der NATO, die damit 1999 die fehlende UN-Ermächtigung zum Angriff auf Ex-Jugoslawien wegen Kosovo kompensiert hatte.

Russland kann sich für seinen Gegenangriff auf Georgien aber auf das Selbstverteidigungsrecht (Art. 51 Satz 1 UN-Charta) berufen und zwar sowohl individuell, weil es von Georgien selbst angegriffen wurde, als auch kollektiv als Nothilfe für Süd-Ossetien, dessen Parlament am 8. August frühmorgens Russlands Beistand erbeten hatte. Ebenso nämlich wie Süd-Ossetien als »stabilisiertes *de facto*-Regime« einerseits an das allgemeine Gewaltverbot der UN-Charta gebunden ist und von diesem Verbot (auch) gegenüber Georgien geschützt wird, kann es andererseits das »naturgegebene« Selbstverteidigungsrecht (inherent right) und daher auch Hilfe von außen für sich in Anspruch nehmen.

Ein Angriff auf Russland selbst ist darin zu sehen, dass die georgischen Streitkräfte auch gezielt gegen die in Süd-Ossetien dislozierten russischen peacekeeping-Kräfte und insbesondere das von ihnen geführte und zur Angriffszeit nur noch von ihnen besetzte Hauptquartier in Zchinwali vorgingen. Etwa ein Dutzend russischer Soldaten wurde dabei getötet. Dieser Vorgang, das liegt auf der Hand, ist juristisch anders zu beurteilen als Rettungsmaßnahmen zugunsten irgendwelcher Staatsbürger – Touristen oder Geschäftsleute, die Opfer der Gewalt von Seiten eines fremden Staates wurden. Gewiss, auch die peacekeeper waren russische Staatsangehörige, aber nicht darauf kommt es hier an, sondern dass die Peacekeeping-Einheit Russlands in Georgien

(Südossetien), ausgestattet mit einem völkerrechtlichen Mandat, bei der Erfüllung ihrer Aufgabe die Russländische Föderation repräsentierte. Der Angriff auf das Hauptquartier ist daher im Sinne von Art. 51 SVN wie ein »bewaffneter Angriff« (armed attack) auf Russland selbst zu werten.

Russland hatte freilich bei seiner Militäraktion gegen bzw. in Georgien nicht freie Hand, sondern war 1. an das humanitäre Völkerrecht, insbesondere an die Haager Landkriegsordnung (1907) und die IV. Genfer Konvention (1949) mit dem 1. Zusatzprotokoll (1977), und 2. an den Völkerrechtsgrundsatz der Verhältnismäßigkeit (proportionality) gebunden. Hat es durch die Art und Weise des militärischen Einsatzes und dessen Ausmaß diese Normen verletzt? Die Frage ist differenziert zu beantworten: Teils wurden sie verletzt, teils auch nicht.

### Juristische Bewertung

Die juristische Bewertung der äußerst komplexen Vorgänge wird wesentlich erleichtert, wenn man sie in die folgenden vier Teilkomplexe untergliedert:

1. Einmarsch der Streitkräfte nach Süd-Ossetien, Zurückschlagen der georgischen Verbände und Übernahme der Kontrolle über das Gebiet;
2. Einmarsch von Panzerverbänden und Infanterie nach Zentralgeorgien in die Stadt Gori und angrenzende Gebiete;
3. Luftschläge (Bombardements) gegen militärische und zivile Objekte in ganz Georgien (Tbilissi; Gori; Maneuli; Poti usw.);
4. Eindringen mit Truppen in Abchasien, Versenkung von Teilen der georgischen Schwarzmeerflotte, Einnahme von Senaki und Poti, Zerstörung der militärischen Infrastruktur (auch) in Westgeorgien und Einrichtung einer großräumigen »Sicherheitszone« im östlichen Anschluss an Abchasien.

**Zu 1)** Nach der Einnahme durch die georgische Seite waren Zchinwali und die umliegenden Dörfer keine »unverteidigten Orte« (Art. 59 HLKO) mehr. Ihr russischer Beschuss war daher nicht von vornherein unzulässig, sondern kriegsrechtlich erlaubt. Die dadurch verursachten zivilen Personen- und Sachschäden müssen als unvermeidlicher Kollateralschaden qualifiziert werden. Völkerrechtswidrig war allerdings der Einsatz von »Grad«-Raketenwerfern und »Streubomben«, weil beide Waffen nicht punktgenau treffen, sondern »unterschiedslos« auf militärische und zivile Objekte wirken (Art. 51 Abs.4 u.5 1.ZProt.).

Des Weiteren sieht sich Russland dem Verdacht bzw. Vorwurf gegenüber, sich passiv gegenüber »ethnischen Säuberungen« verhalten zu haben, die ossetische Truppen und Milizen im Gefolge und im Schatten des Krieges gegenüber der in Süd-Ossetien lebenden

georgischen Minderheit begangen haben sollen. In der Tat sind nach Augenzeugenberichten viele georgische Dörfer im südlichen Teil der Region, teilweise planmäßig, dem Erdboden gleich gemacht worden, nachdem Osseten das noch Brauchbare aus den Häusern weggeschleppt hatten. Deren Bewohner waren zu dieser Zeit allerdings schon fast vollständig geflüchtet. Die Vorgänge erfüllen den Tatbestand des »Kriegsverbrechens« im Sinne von Art. 8 des Statuts des Internationalen Strafgerichtshofes der Vereinten Nationen (1998). Ob die in Süd-Ossetien agierenden Befehlshaber der russischen Streitkräfte gemäß Art. 28 des Statuts strafrechtlich für diese Verbrechen verantwortlich gemacht werden können, kann aufgrund der unzureichenden Informationslage vorläufig nicht festgestellt werden.

**Zu 2)** Die Besetzung des sich an Süd-Ossetien anschließenden Kreises Gori, seiner Umgebung und insbesondere der betreffenden Abschnitte der Hauptverkehrsverbindungen zwischen Zentral- und Westgeorgien waren schon deswegen gerechtfertigt, weil Zchinwali von Gori aus beschossen worden war und die militärische Sicherheit in diesem Abschnitt die Kontrolle auch über die Magistrale gebot.

Allerdings hat Russland einige Pflichten verletzt, die ihm als Besatzungsmacht von der HLKO auferlegt wurden, nämlich Plünderungen zu unterbinden (Art. 47), die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten (Art. 43) und insbesondere das Privateigentum zu schützen (Art. 46). So konnten sich Soldaten an fremdem Gut vergreifen, Banden von Marodeuren fast ungehindert ihr Unwesen treiben und die Bewohner wegen fehlenden Schutzes tagelang nicht in ihre Dörfer zurückkehren.

**Zu 3)** Die Luftschläge gegen militärische Objekte aller Art und auch gegen einige strategische Verkehrsverbindungen des Landes waren in den ersten Phasen des Krieges Russlands einzige Möglichkeit der militärischen Gegenwehr, daher notwendig und folglich nicht unverhältnismäßig. Die Strom- und Wasserversorgung des Landes war von den Angriffen nicht betroffen. Ob die Bombardierung mehrerer Wohnblocks mit 20 Toten in der Stadt Gori noch als Kollateralschaden gelten kann und dann hinzunehmen wäre, mag zweifelhaft erscheinen, kann aber ohne eine nähere Kenntnis aller Umstände des Falles nicht abschließend beurteilt werden. Noch bedenklicher erscheint die Bombardierung des Öl-Hafens der Stadt Poti, weil er ausschließlich zivilen Zwecken dient.

**Zu 4)** Der massive und großflächige Militäreinsatz in Westgeorgien und auf dem Schwarzen Meer war dagegen unter allen Gesichtspunkten ein schwerer Verstoß gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, denn der Einsatz diente nicht dem Zweck, der allein den russischen Gegenangriff rechtfertigen konnte, nämlich

dem Zurückschlagen der georgischen Truppen und der Wiederherstellung eines gesicherten Status quo ante in und um Süd-Ossetien; vielmehr diene er offenkundig dazu, die militärischen Fähigkeiten Georgiens auch im Westen des Landes zu zerstören und ferner die Position

der Republik Abchasien in der Region strategisch zu stärken. Für den »Süd-Ossetien-Komplex« waren die russischen Aktionen in Westgeorgien ohne Belang; sie waren erst recht nicht notwendig sowie unangemessen und daher völkerrechtswidrig.

#### Über den Autor

Prof. Dr. jur. Otto Luchterhandt ist Direktor der Abteilung für Ostrechtsforschung an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Hamburg. Seine Forschungsgebiete sind Rechtsordnungen der Staaten Osteuropas, Kaukasians und Mittelasiens.

#### Literaturhinweis

- Ipsen, Knut: Völkerrecht, 5. Auflage, München 2005;
- Schweisfurth, Theodor: Völkerrecht, Tübingen 2006;
- Конфликты в Абхазии и Южной Осетии. Документы 1989 – 2006 гг., Москва 2008.

## Chronik

### Eine Chronologie des russisch-georgischen Konflikts

#### Der Weg in den bewaffneten Konflikt

Tag	Uhrzeit	Ereignis
3.4.2008		Auf dem Nato-Gipfel in Bukarest wird der Ukraine und Georgien eine Beitrittsperspektive zugestimmt, ein Zeitplan für die Beitrittsverhandlungen wird jedoch nicht festgelegt.
16.4.2008		Russlands Präsident Putin gibt den russischen Behörden die Anweisung, quasi-offizielle Beziehungen zu den abtrünnigen georgischen Provinzen Abchasien und Süd-Ossetien aufzunehmen. Georgien sieht in diesem Akt einen Bruch des Völkerrechts.
29.4.2008		Russland entsendet Truppenverstärkung nach Abchasien, angeblich um georgische Angriffspläne zu vereiteln. Die Nato beschuldigt am nächsten Tag die russische Führung, die Spannungen mit Georgien zu schüren.
4.5.2008		Abchasische Stellen teilen mit, sie hätten über dem von ihnen kontrollierten Territorium zwei georgische Aufklärungsdrohnen abgeschossen. Georgien bestreitet, dass solche Flüge stattgefunden haben.
30.5.2008		Georgien gibt an, es habe die Flüge unbemannter Aufklärungsflugzeuge über Abchasien eingestellt, behalte sich aber das Recht vor, sie wieder aufzunehmen.
30.6.2008		Russland entsendet im Mai zusätzliche Soldaten (ca. 500 Fallschirmjäger) nach Süd-Ossetien. Außerdem werden Eisenbahntrouppen in Stärke von 400 Mann nach Abchasien verlegt. Sie sollen eine Bahnstrecke südlich von Zuchumi ausbessern.
4.7.2008		Bei Schusswechseln in der Grenzregion zwischen Süd-Ossetien und Georgien werden drei Personen getötet. Da es sich nach süd-ossetischen Angaben um einen georgischen Angriff handelt, ruft Süd-Ossetien zur »Generalmobilmachung« auf. Die Regierung in Tiflis erklärt, lediglich auf einen Rebellenangriff reagiert zu haben. Russland bezichtigt Georgien einer »absichtlichen Aggression«.
9.7.2008		Russland und Georgien werfen sich gegenseitig vor, mit Kampfflugzeugen in den Luftraum des anderen eingedrungen zu sein.
10.7.2008		Georgien ruft seinen Botschafter aus Moskau zurück.
15.7.2008		Russland führt an der Grenze zu Georgien das Manöver »Kaukasus 2008« durch. Die russische Seite bezeichnet dies als Training für »spezielle Friedensoperationen«. Gleichzeitig führen georgische Truppen eine militärische Übung durch, an der auch 1.000 US-Soldaten beteiligt sind.



Tag	Uhrzeit	Ereignis
17.7.2008		Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier reist nach Georgien, Abchasien und Russland, um für eine deutsche Friedensinitiative zu werben, trifft aber auf starke Vorbehalte. Deutschland hat derzeit den Vorsitz in der sogenannten UN-Freundesgruppe für Georgien.
21.7.2008		Süd-Ossetien wirft den georgischen Streitkräften vor, vier Angehörige der Volksgruppe entführt zu haben. Laut Tiflis handelt es sich um die Festnahme mutmaßlicher Drogenhändler.
1.8.2008		Nach Angaben der süd-ossetischen Regierung sterben sechs Menschen durch georgischen Beschuss. Die georgische Regierung erklärt, die Aggression sei von süd-ossetischer Seite ausgegangen.
2.8.2008		Georgischen Angaben zufolge greifen Süd-Osseten sechs unter georgischer Kontrolle stehende Städte in Süd-Ossetien an.
5.8.2008		Der russische Sondergesandte Juri Popow erklärt, wenn die Situation weiter eskaliere, werde Russland nicht abseits stehen. Georgien und Süd-Ossetien vereinbaren für den 7. August erste direkte Gespräche. Die Gespräche werden jedoch abgesagt.
5.8.2008		Am Nachmittag kommt es zu Feuergefechten zwischen mehreren Orten in Süd-Ossetien. Im Lauf der Nacht und des folgenden Tages kommen auch schwere Waffen zum Einsatz.
6.8.2008	3:50	Einstellung der Feuergefechte zwischen den Konfliktparteien.
7.8.2008		Der Versuch des Sondergesandten des russischen Außenministeriums und Ko-Leiters der Gemeinsamen Kontrollmission für das Gebiet Süd-Ossetien, Juri Popow, Gespräche zwischen der nicht anerkannten süd-ossetischen Regierung und Georgien in Gang zu bringen, scheitert.
7.8.2008	11:00	Von georgischer Seite werden Angriffe von süd-ossetischen Kräften auf die Dörfer Nuli, Awnewi und Wanati gemeldet.
7.8.2008	14:30	Das georgische Militär bringt Feldhaubitzen und Panzerartillerie an der administrativen Grenze zu Süd-Ossetien in Stellung.
7.8.2008	15:50	Die Ortschaft Chetagurowo wird von georgisch kontrolliertem Territorium aus unter heftiges Artilleriefeuer genommen.
7.8.2008	19:10	Georgiens Präsident Saakaschwili bietet in einer Fernsehansprache Zchinwali Friedensverhandlungen an. Die Ansprache wird auf mehreren Fernsehkanälen von Tiflis gesendet.
7.8.2008	23:30	Dem georgischen Außenministerium zufolge liegen alle georgischen Stellungen um Zchinwali unter dem Beschuss süd-ossetischer Kräfte.

### Die militärische Auseinandersetzung

Tag	Uhrzeit	Ereignis
8.8.2008	0:10	Georgische Truppen belegen Zchinwali mit Artilleriefeuer. Fünf georgische Su-25 greifen im Bezirk Tkwerneti an. Zahlreiche Opfer in der Zivilbevölkerung.
8.8.2008	9:45	Russland bombardiert zivile und militärische Ziele im georgischen Kernland.
8.8.2008	10:00	Der süd-ossetische Präsident Eduard Kokoity teilt mit, dass in den Außenbezirken von Zchinwali gekämpft wird. In der Stadt sind Brände ausgebrochen.
8.8.2008	14:00	Nach Informationen des georgischen Außenministeriums nehmen georgische Militärkräfte Zchinwali ein.
8.8.2008	16:00	Das Verteidigungsministerium Russlands gibt bekannt, dass zur Unterstützung der russischen Friedenstruppen Verstärkung nach Süd-Ossetien entsandt worden sei. Eine Kolonne russischer gepanzerter Fahrzeuge rückt in Zchinwali ein. Saakaschwili erklärt, sein Land befinde sich mit Russland im Krieg.
8.8.2008		Die Kämpfe dauern für den Rest des Tages und die Nacht über an. Im Laufe des Tages sind ca. 10.000 russische Soldaten durch den Roki-Tunnel nach Süd-Ossetien verlegt worden. Weitere 7.000 bis 10.000 russische Soldaten werden an der georgisch-abchasischen Grenze stationiert. Das Flaggschiff der Schwarzmeerflotte, der Kreuzer »Moskau«, patrouilliert vor der georgischen Küste.

Tag	Uhrzeit	Ereignis
9.8.2008	0:00	In Georgien wird der Empfang russischer Fernsehsender gestört. Russland setzt den Luftverkehr mit Georgien aus.
9.8.2008	0:50	Nach zwei Sitzungen des UN-Sicherheitsrates zu der Situation in Georgien am 8. August beschuldigt der russische Vertreter bei der UNO, Vitalij Tschurkin, mehrere Mitglieder des Sicherheitsrats der Nachsicht gegenüber Georgien.
9.8.2008	2:02	Russische Kampfflugzeuge bombardieren den Hafen Poti und die georgische Militärbasis Senaki. Es gibt Tote und Verletzte.
9.8.2008	4:55	Der Pressedienst der russischen Landstreitkräfte meldet, dass russische Truppen in der Nacht das Feuer auf georgische Stellungen eröffnet haben. Auch weiterhin, so heißt es, werden Versuche, Zchinwali zu beschießen, durch Feuer beantwortet werden.
9.8.2008	11:13	Die russische Luftwaffe wirft Bomben über dem Militärflugplatz Kopitnari in der Stadt Kutaisi ab. Die örtliche Bevölkerung, so heißt es, sei evakuiert.
9.8.2008	11:30	In Zchinwali treffen Einheiten der 76. Pskower Luftlandedivision ein. Die Stadt ist vollständig von georgischen Truppen geräumt.
9.8.2008	16:55	Die Luftstreitkräfte, die Abchasien unterstützen, bombardieren georgische Truppen in der Kodori-Schlucht.
10.8.2008	11:20	Einheiten der russischen Schwarzmeerflotte nähern sich der Küste Georgiens.
10.8.2008	17:53	Ukrainische Stellen warnen, dass den Schiffen der Schwarzmeerflotte die Rückkehr nach Sewastopol verweigert werden könne.
10.8.2008	22:30	Russische Marineeinheiten versenken ein georgisches Motorboot, das sich ihnen genähert hat.
11.8.2008	0:26	In Abchasien treffen russische Luftlandetruppen ein.
11.8.2008	7:00	Die georgische Armee setzt die Beschließung der russischen Militärstellungen bei Zchinwali fort.
11.8.2008	19:55	Der Sekretär des nationalen Sicherheitsrats von Georgien, Kacha Lomaja, sagt, russische Truppen hätten die Stadt Gori besetzt.
11.8.2008	21:17	Das Verteidigungsministerium Russlands dementiert Meldungen über die Besetzung von Gori.
11.8.2008	22:25	Erklärung des russischen Verteidigungsministeriums: »Wir planen nicht, in Richtung Tiflis vorzurücken«.
12.8.2008	3:59	US-Präsident Bush erklärt, »der Einmarsch Russlands in Georgien widerspricht den uns gegebenen Zusicherungen, dass Russlands Ziele sich darauf beschränken, den Zustand, der vor Beginn der Kampfhandlungen in Süd-Ossetien herrschte, wiederherzustellen«.
12.8.2008	13:20	Medwedjew erklärt die Operation zur Friedenserzwingung in Süd-Ossetien für beendet und weist das russische Militär an, Herde von gewalttätigem Widerstand in der Konfliktzone zu vernichten.

### Internationale Konfliktbearbeitung

Tag	Uhrzeit	Ereignis
12.8.2008	18:13	Die Mitglieder des Nato-Rats erklären auf ihrer Sitzung ihre Unterstützung für Georgien und verurteilen die »unverhältnismäßige« Gewaltanwendung durch Russland.
12.8.2008	18:21	Medwedjew und Sarkozy einigen sich auf eine Regelung des Süd-Ossetien-Konflikts auf der Basis eines Sechs-Punkte-Plans.
12.8.2008		Im Laufe des Tages dringen, nach georgischen Angaben, russische Streitkräfte in Zugdidi und den Hafen von Poti ein.
13.8.2008		Die Präsidenten Polens, der Ukraine, Estlands und Litauens sowie der Regierungschef Lettlands demonstrieren auf einer Kundgebung in Tiflis ihre Unterstützung für Georgien.

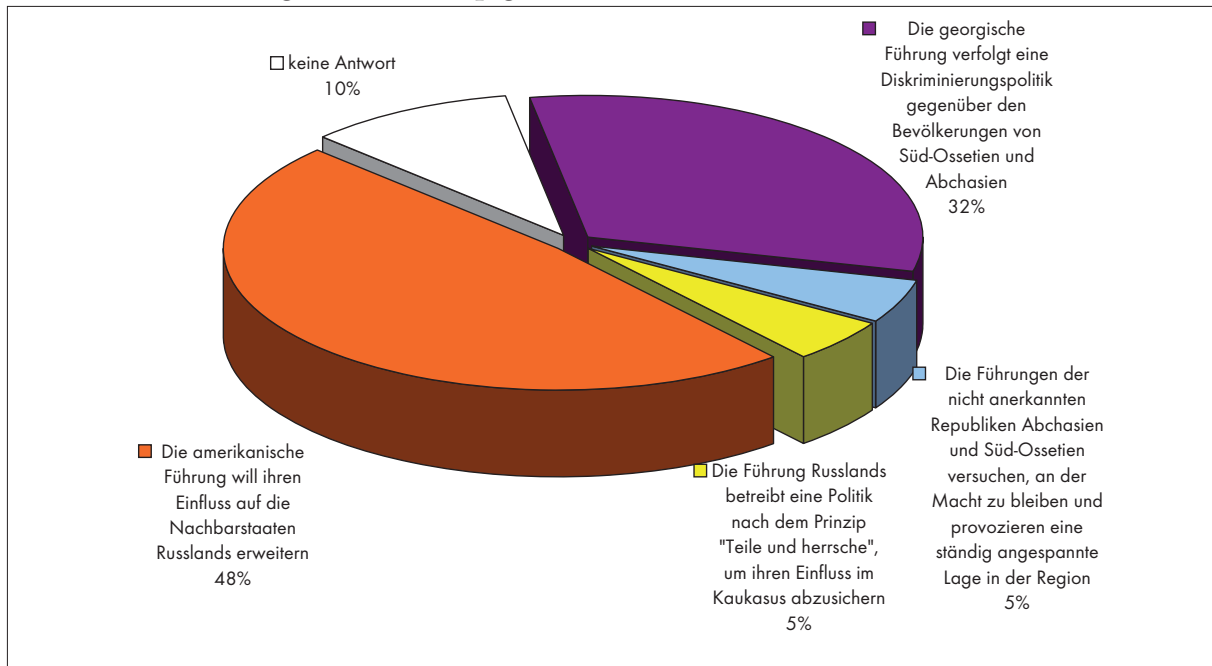
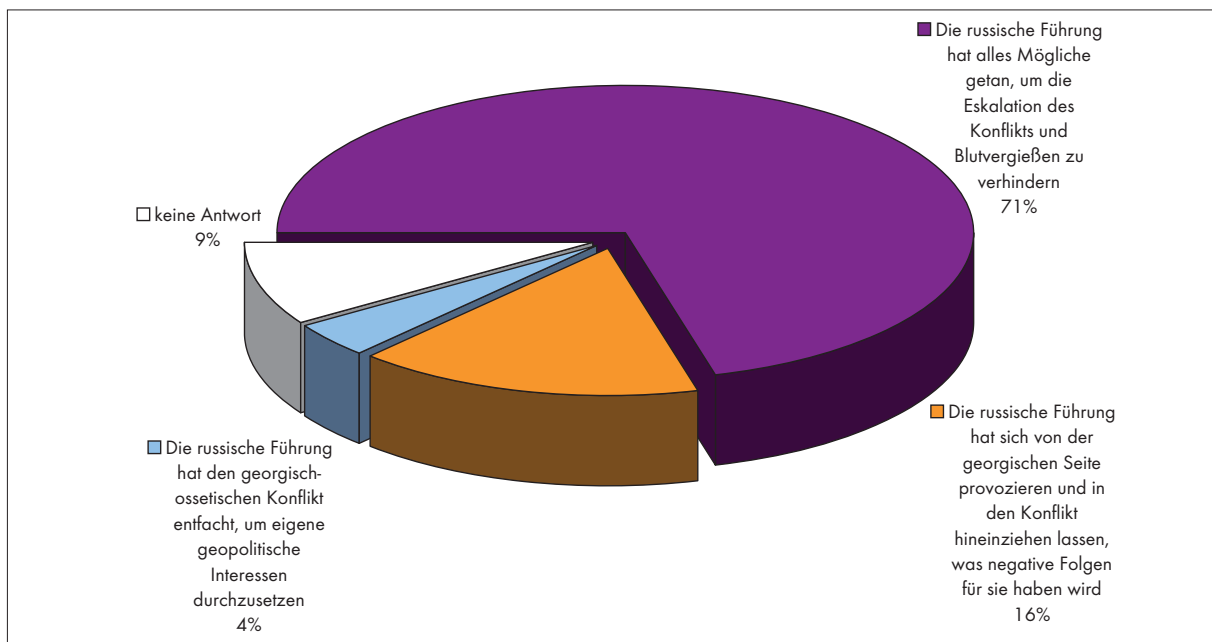
Tag	Uhrzeit	Ereignis
13.8.2008		Saakaschwili erklärt sich zu einer Beilegung des Konflikts auf der Basis des zwischen Medwedjew und Sarkozy ausgehandelten Sechs-Punkte-Plans bereit, sieht aber in einzelnen Fragen noch Klärungsbedarf.
13.8.2008		Russland weist georgische Berichte zurück, laut denen russische Truppen Gori und andere georgische Städte besetzt halten. Der russische Außenminister Sergej Lawrow gibt seinerseits an, dass die verbliebenen Truppen lediglich zur Sicherheit der Bevölkerung zurückgelassene Munition und Artilleriegeschosse entschärfen sollen.
13.8.2008		US-Außenministerin Condoleezza Rice fliegt nach Tiflis. Sie beschuldigt Russland, den Waffenstillstand zu verletzen, und droht, Russland international zu isolieren.
14.8.2008		Georgien beschließt seinen Austritt aus der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).
15.8.2008		Bundeskanzlerin Merkel trifft in Sotschi ein, um die Lage mit Medwedjew zu besprechen. Sie besteht auf der Wahrung der territorialen Integrität Georgiens und der Anerkennung der Legitimität der demokratisch gewählten Regierung Georgiens. Medwedjew nennt auf der anschließenden Pressekonferenz Russland den Garanten der Sicherheit im Kaukasus und beruft sich dabei auf das Mandat zur Friedenssicherung.
16.8.2008		Russland unterzeichnet den Sechs-Punkte-Plan, verweist aber darauf, dass »zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen« nötig sind, bevor es seine Truppen aus Georgien zurückziehen kann.
17.8.2008		Bei ihrem Besuch in Tiflis fordert Bundeskanzlerin Merkel die vollständige Einstellung aller Kampfhandlungen.
19.8.2008		Das Außerordentliche Treffen des Nato-Rates auf Außenministerebene in Brüssel erörtert die Zukunft der Beziehungen Nato–Russland. Der Rat verurteilt das russische Vorgehen in Georgien, bewertet die Gewaltanwendung durch Russland als »unangemessen« und unterstreicht die »territoriale Integrität Georgiens«. Angesichts der Situation setzt der Rat die Tätigkeit des Nato-Russland-Rats vorläufig aus.
19.8.2008		Georgien gestattet 20 Beobachtern der OSZE die Einreise in die an Süd-Ossetien grenzenden Landesteile.
22.8.2008		Russland erklärt, dass es seine Truppen (abgesehen von den Friedenskräften) vollständig aus Georgien abgezogen und damit die Forderungen des Sechs-Punkte-Planes erfüllt habe.
26.8.2008		Präsident Medwedjew folgt dem Vorschlag der beiden Häuser des russischen Parlaments und erkennt offiziell die Unabhängigkeit Süd-Ossetiens und Abchasiens an.
1.9.2008		Auf dem EU-Sondergipfel zur Kaukasus-Krise wird die Anerkennung Abchasiens und Süd-Ossetiens durch Russland scharf verurteilt. Die EU erklärt, sie sei bereit, sich an der Konfliktlösung »auch durch Präsenz vor Ort« zu beteiligen. Die Gespräche über das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Russland (PKA) werden ausgesetzt, solange russische Truppen sich auf georgischem Boden befinden.
		Georgien wird Hilfe für den Wiederaufbau auch der Gebiete Abchasiens und Süd-Ossetien angeboten.
2.9.2008		Russland erklärt sich zu Gesprächen über die Ersetzung der russischen Truppen in der »Sicherheitszone« durch internationale Kräfte bereit.
3.9.2008		Russland schließt seine Botschaft und sein Konsulat in Tbilissi.

*Auf Basis einer Zusammenstellung von Bernd Bentlin und Katharina Hoffmann. Die Informationen stammen aus russischen, georgischen und internationalen Medien. Widersprüche in den Quellen wurden nicht beseitigt.*

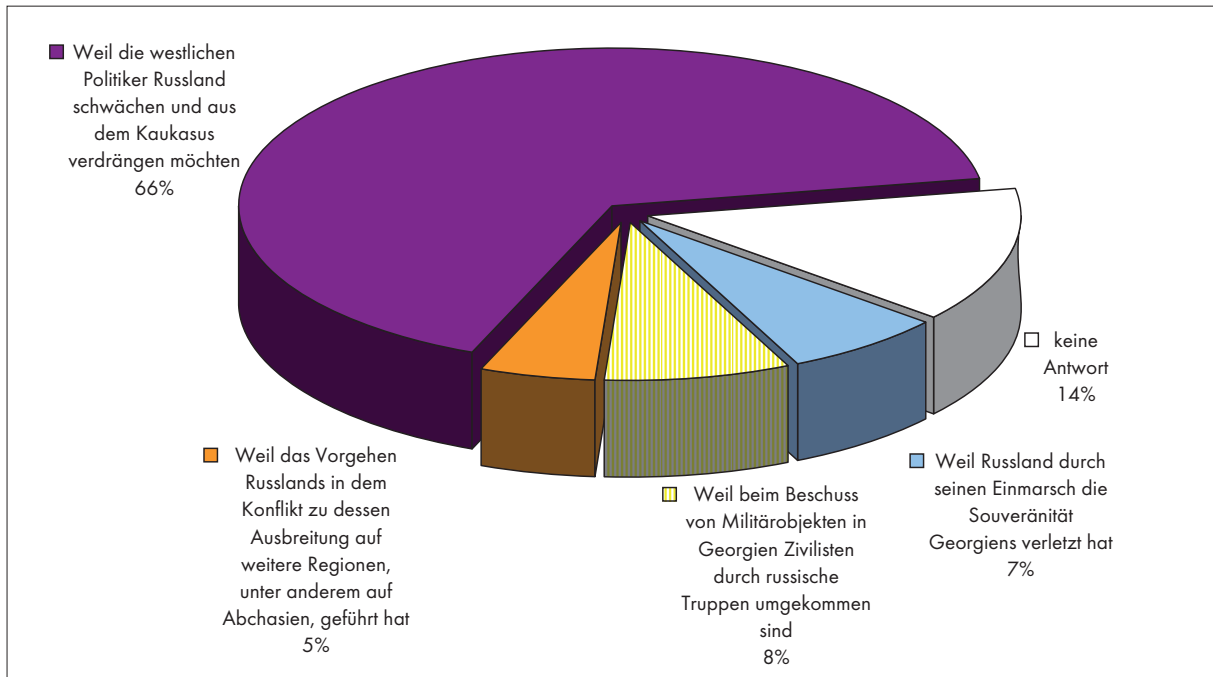
**Tabellen und Grafiken zum Text**

## Der Kaukasuskrieg in den Augen der russischen Öffentlichkeit

Umfragen des Lewada-Zentrums

**Was ist Ihrer Meinung nach der Hauptgrund für den momentanen Konflikt in Süd-Ossetien?**

 Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, 15.–18.8.2008 <http://www.levada.ru./press/2008082100.html>
**Wie bewerten Sie das Vorgehen der russischen Führung im georgisch-ossetischen Konflikt?**

 Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, 15.–18.8.2008 <http://www.levada.ru./press/2008082100.html>

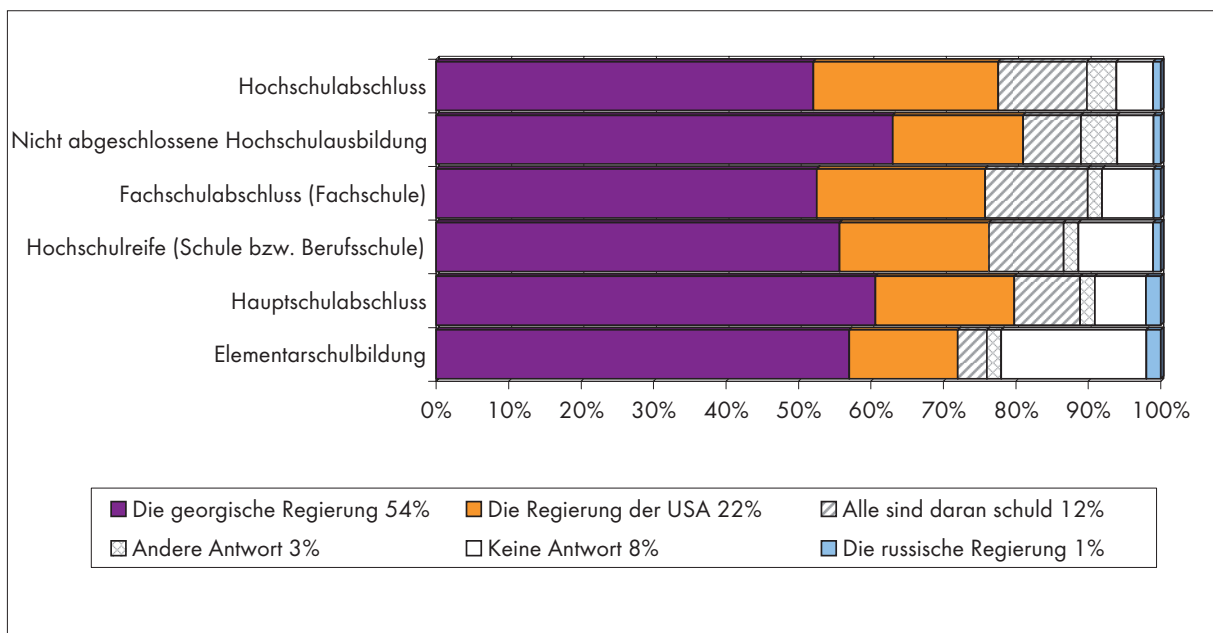
### Warum unterstützen die führenden Politiker des Westens Georgien?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, 15.–18.8.2008 <http://www.levada.ru./press/2008082100.html>

### Umfragen des WZIOM

#### Wer trägt Ihrer Meinung nach die Schuld am Konflikt in Süd-Ossetien?



Quelle: Umfragen des WZIOM vom 10.–13.8.2008 <http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/10500.html>

### Bewertung des georgischen Vorgehens (Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM))

Nach dem Sturm auf Zchinwali haben viele der georgischen Seite Völkermord vorgeworfen. Sind Sie mit dieser Bezeichnung des georgischen Vorgehens einverstanden? (Antworten derjenigen, die gesagt haben, dass sie das Wort »Völkermord« kennen. Dies waren 83 % aller Befragten.)

Ja	72 %
Nein	5 %
keine Antwort	6 %
Das Wort »Völkermord« ist mir nicht bekannt	17 %

Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom 16.–17.8.2008

<http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0833/d083321>

### Anerkennung der Unabhängigkeit Süd-Ossetiens und Abchasiens durch Russland

Sollte Ihrer Meinung nach Russland die Unabhängigkeit Süd-Ossetiens anerkennen?

Ja	70 %
Nein	8 %
keine Antwort	22 %

Sollte Ihrer Meinung nach Russland die Unabhängigkeit Abchasiens anerkennen?

Ja	67 %
Nein	9 %
keine Antwort	23 %

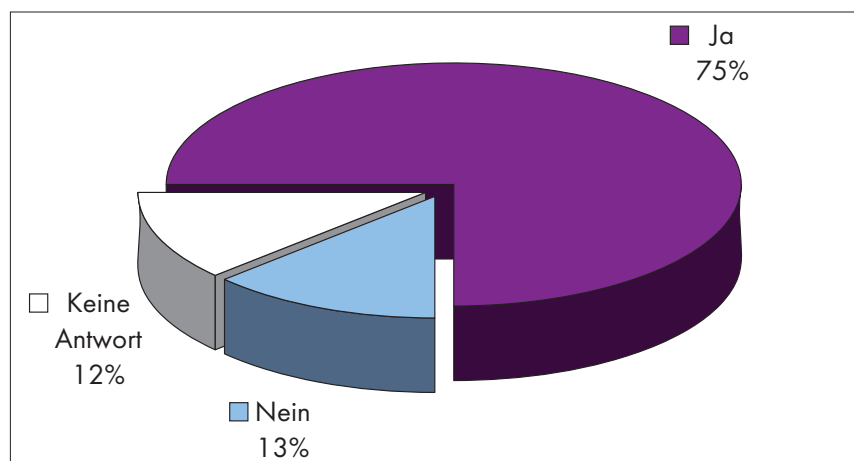
Werden Ihrer Meinung nach weitere Länder (außer Russland) die Unabhängigkeit Süd-Ossetiens und Abchasiens anerkennen? Falls ja, werden dies viele Staaten tun?

Kein Land wird das tun	7 %
Viele Länder werden das tun	23 %
Wenige Länder werden das tun	33 %
Ich weiß nicht, ob viele oder wenige Länder das tun werden	20 %
Ich weiß nicht, ob andere Länder außer Russland das tun werden	17 %

Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom 30.–31.8.2008

<http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0835/d083522>

Handelte die russische Führung richtig, als sie am 8. August 2008 russische Truppen nach Süd-Ossetien entsandte?



Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom 23.–24.8.2008 <http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0834/d083421>

## Meinung der russischen Bevölkerung zur Lage in Abchasien und Süd-Ossetien

War die Anerkennung der Unabhängigkeit Süd-Ossetiens und Abchasiens durch Russland ein richtiger oder ein falscher Schritt?

Ein völlig richtiger Schritt	44%
Ein eher richtiger Schritt	36%
Ein eher falscher Schritt	7%
Ein völlig falscher Schritt	3%
keine Antwort	10%

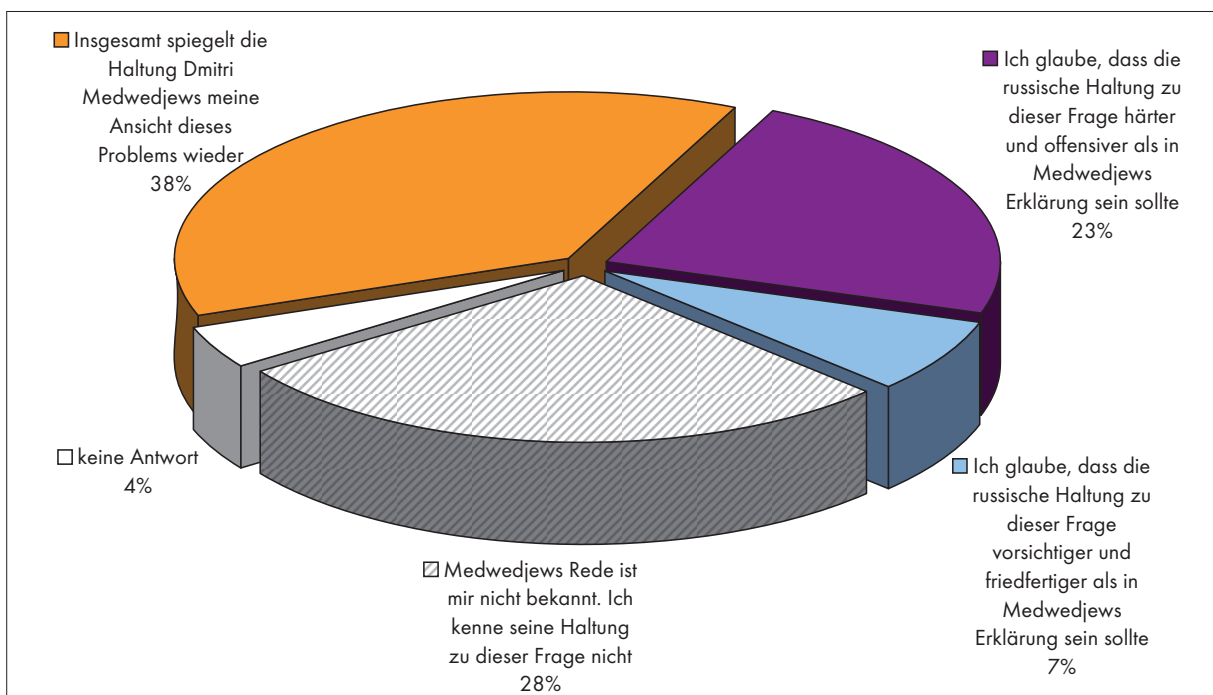
Wählen Sie bitte eine Option: a) Reguläre russische Truppen sollen in Süd-Ossetien bleiben. b) Nur russische Friedenstruppen sollen dort stationiert sein. c) Die russischen Truppen sollen komplett aus Süd-Ossetien abgezogen und durch internationale Friedenstruppen der UNO und der EU ersetzt werden

Reguläre russische Truppen sollen in Süd-Ossetien bleiben	34%
Nur russische Friedenstruppen sollen in Süd-Ossetien stationiert sein	46%
Die russischen Truppen sollen komplett aus Süd-Ossetien abgezogen und durch internationale Friedenstruppen der UNO und der EU ersetzt werden	11%
keine Antwort	9%

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 5.–8.9.2008 <http://www.levada.ru./press/2008091001.html>

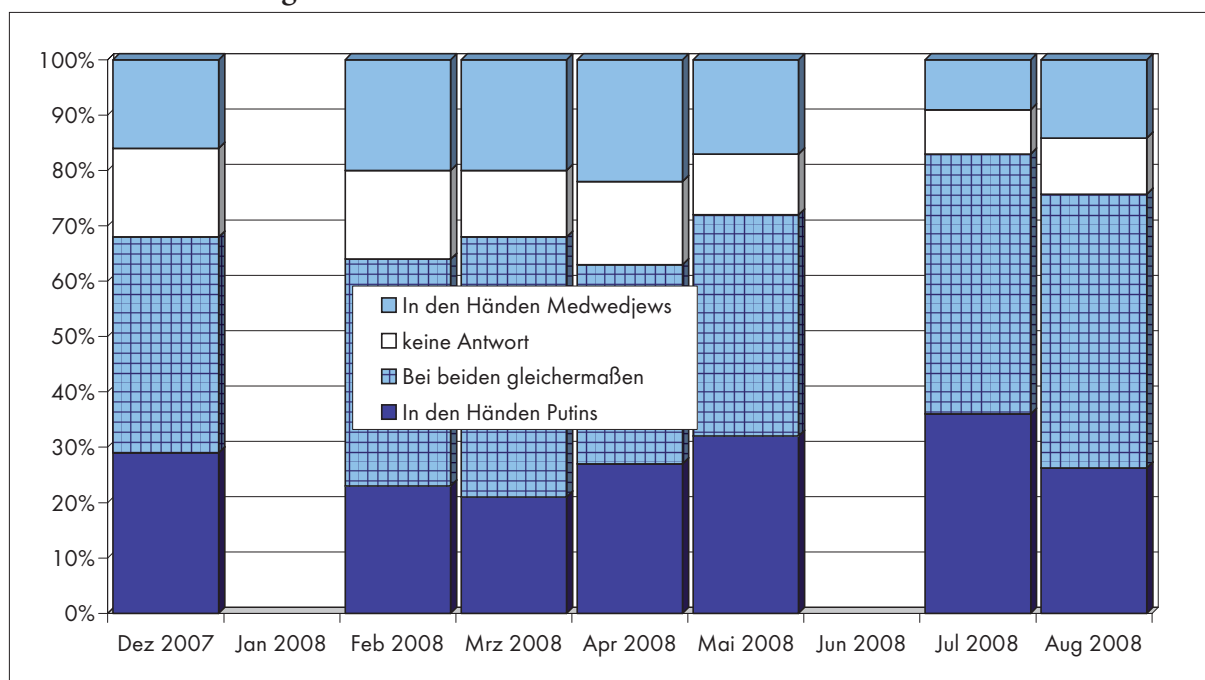
## Medwedjew und der Kaukasuskrieg

Wie bewerten Sie Medwedjews Erklärung zur Lage in Süd-Ossetien?



Quelle: Umfragen des VCIOM vom 10.–13.8.2008 <http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/10511.html>

## In wessen Händen liegt die reale Macht im Land?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 15.–18.8.2008 <http://www.levada.ru./press/2008082102.html>

Übersetzt und zusammengestellt von Anna A. Petrova

## Analyse

### Russland und der Kaukasuskrieg

Hans-Henning Schröder, Bremen/Berlin

#### Zusammenfassung

Der Fünf-Tage-Krieg in Georgien hat für Russland ambivalente Ergebnisse gehabt. Einerseits hat es im Innern an Stabilität gewonnen – die Bevölkerung stützt den Kurs der Führung beinahe einstimmig –, es hat demonstriert, dass mit ihm im postsowjetischen Raum als wichtiger Akteur zu rechnen ist, es hat zunächst auch die amerikanische Position im Südkaukasus geschwächt, andererseits erfuhr es in der internationalen Politik keine Unterstützung und geriet in Gegensatz zu seinem wichtigsten Wirtschaftspartner, der Europäischen Union. Seit Ende August bemüht sich die russische Führung um Schadensbegrenzung. Ob sie dabei allerdings so weit gehen wird, eine internationale Friedensregelung zuzulassen, die die gesamte Region – einschließlich des Territoriums von Süd-Ossetien und Abchasien – umfasst, ist eher zweifelhaft.

#### Vom lokalen Konflikt zur internationalen Krise

Im August 2008 haben sich die jahrelangen Spannungen zwischen Russland und Georgien mit Gewalt entladen. Nach einem Angriff georgischer Truppen auf Süd-Ossetien zerschlugen russische Streitkräfte in einem fünftägigen Krieg das georgische Militärpotential vollständig und unterstrichen damit Russlands Hegemonieanspruch in der Kaukasusregion. Die Okkupation von Teilen georgischen Territori-

ums durch russische Truppen und die Anerkennung von Abchasien und Süd-Ossetien als selbständige Staaten durch den russischen Präsidenten rief jedoch die internationale Gemeinschaft auf den Plan. Der lokale Konflikt entwickelte sich in wenigen Tagen zu einer internationalen Krise. Russland, dessen außenpolitische Stellung eben noch durch die Machtdemonstration gestärkt schien, sah sich unversehens isoliert. Selbst Russlands zentralasiatische Nachbarn und seine Partner in der Shanghai Organisation waren nicht



bereit, die Anerkennung Abchasiens und Süd-Ossetiens zu unterstützen.

### Entscheidungsfindung und Rechtfertigung

Insofern stellt sich die Frage, was die russische Führung veranlasst hat, in dieser Weise gegen Georgien vorzugehen. Zergliedert man den Prozess, so gab es wenigstens fünf Entscheidungen, die im Kontext des Fünf-Tage-Krieges gefällt wurden:

- Am 7./8. August fasste die politische Führung den Entschluss, auf den georgischen Angriff mit einem massiven Truppeneinsatz zu reagieren, der über Abwehr der georgischen Angriffe und Schutz der süd-ossetischen Bevölkerung hinausging und auf Zerschlagung des georgischen Militärpotentials – und die »Bestrafung« der georgischen Führung abzielte. Es ist denkbar, dass diese Entscheidung bereits in den Wochen zuvor eingeleitet worden ist, als der Konflikt in Süd-Ossetien sich erheblich verschärfte.
- Die politische Führung traf in diesem Zusammenhang die Entscheidung, der militärischen Führung Angriffe auf Einrichtungen im georgischen Hinterland und die Besetzung von Teilen Kerngeorgiens (Poti, Pufferzone) zu gestatten. Zugleich setzte sie den Militärs auch eine Grenze für ihr Vorgehen (Poti und Senaki besetzen, Tbilisi aber nicht).
- Am 12.8. beschließt die politische Führung das Ende der Kampfhandlungen, lässt den Militärs aber freie Hand, in Kerngeorgien militärische und Infrastruktureinrichtungen zu zerstören.
- Innerhalb der folgenden Wochen entscheidet sich die politische Führung dafür, Abchasien und Süd-Ossetien offiziell anzuerkennen. Am 26.8. wird dies vom russischen Präsidenten vollzogen.

Wie diese Entscheidungen zustande gekommen sind und wer an ihnen beteiligt war, ist bisher im Einzelnen nicht bekannt. Neben dem Präsidenten als Oberbefehlshaber waren gewiss der Ministerpräsident und die militärische Führung einbezogen. Wieweit das Außenministerium einbezogen wurde, ist unklar. Wenigstens zwei dieser Entscheidungen – die Militäraktionen in Kerngeorgien und die Anerkennung der beiden Republiken – haben Russlands internationale Position beschädigt. Erfahrene Außenpolitiker hätten dies sicher antizipiert, auch wenn Militärs und andere Teile der Führung eher einer Logik militärischer Dominanz folgten.

Die öffentliche Begründung für den Einmarsch in Georgien stellte das Fehlverhalten Georgiens in den Vordergrund, das Russland geradezu zum Einmarsch gezwungen habe. Der russische Präsident Dmitrij Medwedjew brachte folgende Argumente vor:

- Die georgische Führung sei verantwortlich für die rechtswidrigen Gewaltaktionen, die in den letzten

15 Jahren gegenüber süd-ossetischen Bürgern begangen worden seien.

- Die Angriffe auf russische Bürger, die »Bürger anderer Länder« und die russischen Einheiten, die als »Friedenstruppen« in Süd-Ossetien stationiert waren, müssten bestraft werden.
- Die georgische Führung habe eine Operation »Reines Feld« eingeleitet, um das süd-ossetische Problem mit einem Schlag zu lösen. Das georgische Vorgehen bezeichnete der russische Präsident wörtlich als *Genozid* und unterstrich, es sei die Pflicht Russlands gewesen, diesen zu unterbinden.
- Russland sei der einzige Staat gewesen, der als Verteidiger der »friedlichen Bevölkerung« und der russischen Bürger aufgetreten sei. Russland nehme dabei das Recht der Selbstverteidigung gemäß Artikel 51 der UN-Charta für sich in Anspruch.

Neben dieser offiziellen Begründung konnte man im russischen Mediendiskurs auch andere Motive für das russische Handeln vernehmen. Genannt wurde u.a.:

- Russland will als Großmacht wahrgenommen werden und als solche als Ordnungsmacht in der eigenen Interessensphäre auftreten.
- Das Vordringen der USA in die russische Interessensphäre (Unterstützung der »Rosenrevolution« und Einsatz von US-Militärberatern in Georgien) wird als geopolitische Bedrohung wahrgenommen, die durch den militärischen Einsatz im Süd-Ossetien-Konflikt zurückgewiesen wurde.
- Georgien präsentiert sich als Transitland für Öl- und Gaslieferungen, die das Territorium Russlands umgehen. Der russische Truppeneinsatz entmutigt künftige Investoren.
- Die Situation in Georgien ist auch eine günstige Gelegenheit, den USA und der NATO ihr Vorgehen im Falle Kosovo heimzuzahlen. Hatte dort »der Westen« Russland übergangen und von der politischen Entscheidung ausgeschlossen, so bot nun die Situation in Abchasien und Süd-Ossetien die Möglichkeit, ein »Revanchefoul« zu begehen.
- Schließlich hatte sich über die Jahre auf russischer Seite (und auf georgischer ebenso) eine erhebliche Abneigung aufgebaut, die sich nun auf die politischen und militärischen Entscheidungen auswirkte.

### Das Land im Schulterschluss

Vor diesem Hintergrund gab es in Russland eine breite öffentliche Unterstützung für den Fünf-Tage-Krieg. Die Schuldzuweisung an Georgien wurde von der russischen Öffentlichkeit angenommen. Eine Erhebung der »Stiftung Öffentliche Meinung«, die weiter unten ausführlich dokumentiert wird, ergab, dass 76 % der Befragten Georgien für den Schuldigen hielten und 72 % das

Vorgehen der georgischen Seite als Genozid qualifizierten. In der überwiegenden Mehrheit billigt die Bevölkerung den militärischen Einsatz, und wenn Kritik laut wird, dann solche, die härtere Maßnahmen und mehr Offensivgeist fordert. 78 % der Russen befürworten den Einsatz regulärer Truppen in Süd-Ossetien. Die Welle vaterländischer Begeisterung, die über Russland hinwegrollt, und die im August keinen Raum für kritische Auseinandersetzung mit der Regierungspolitik ließ, speiste sich aus dem konzertierten Einsatz von Medien, in denen die georgische Führung als Feindbild aufgebaut wurde.

Praktisch alle russischen Politiker und Publizisten gingen davon aus, dass Russland mit dem Truppeneinsatz seine Ziele erreicht habe: Der Genozid sei verhindert, der Schutz von Süd-Osseten und russischen Bürgern garantiert, zugleich habe man sich der Welt als Großmacht präsentiert: »Russland ist zurückgekehrt«, überschrieb die Tageszeitung »Iswestija« triumphierend den Bericht über eine Podiumsdiskussion zum Süd-Ossetienkrieg: Indem man schwachen Völkern geholfen habe, sei man wieder eine ernstzunehmende Kraft in der Weltpolitik geworden.

Der Fünf-Tage-Krieg im Kaukasus hat Regierung und Gesellschaft in Russland zusammenschweißt. In der festen Überzeugung, moralisch und politisch im Recht zu sein, schloss sich die russische Öffentlichkeit um ihren neuen Präsidenten zusammen und zeigte sich gegen Anwürfe und Kritik aus dem Ausland immun. In der Tat ist eine der überraschenden Folgen der Ereignisse in Süd-Ossetien die Konsolidierung der Position Medwedjews. Umfragen ergaben, dass Mitte August – nach dem Krieg – die Zahl derer signifikant gestiegen war, die annahmen, die Regierungsgewalt werde zwischen Putin und Medwedjew geteilt oder befinde sich ganz in Medwedjews Händen. Nur noch ein Viertel (vorher über ein Drittel) der Befragten war der Ansicht, der frühere Präsident Putin verfüge über die eigentliche Macht. Dies widerspricht der Perzeption in den westlichen Medien, die Ministerpräsident Putin als den eigentlichen »Kriegsherrn« und Medwedjew als seine Marionette sehen.

Die russische Öffentlichkeit nimmt den Präsidenten, der seine Truppen in einer gerechten Sache erfolgreich einsetzt, als »echten Kerl« wahr. Das Vertrauen in ihn steigt und erreicht beinahe die Werte Putins. Ob der Beschluss für den Truppeneinsatz von ihm ausging, oder ob er nur die Entscheidung des Machtkartells ausgeführt hat, das ihn stützt, muss dahingestellt bleiben – und ist für die russischen Bürger zweitrangig. Der Krieg hat Medwedjews Position wenigstens vorübergehend gefestigt. Allerdings in der Rolle des »starken Mannes« und nicht in der des besonnenen, liberalen, an internationalen Rechtsnormen orientierten Politikers.

## Die Probleme

Die Genugtuung, wieder als Großmacht aufzutreten, überschattete im August in Russland die negativen Konsequenzen. Dennoch waren gegen Ende des Monats auch erste kritische Stimmen zu vernehmen.

So wurde in den Zeitungen zwar anerkannt, dass der Streitkräfteeinsatz in Süd-Ossetien und Georgien schnell und energisch durchgeführt worden ist, doch wurde moniert, dass die russischen Truppen den Krieg in Süd-Ossetien im Stil »unserer heldenhaften Väter und Großväter« geführt hätten: Von Satellitenaufklärung, lasergesteuerter Präzisionsmunition, GPS (das russische Äquivalent heißt GLONASS), wie sie die USA im Irak einsetzten, sei nicht die Rede gewesen. Statt durch überlegene Technologie habe man den Sieg durch »Heldentum, Blut und Waffen der sechziger Jahre« errungen. Der Krieg in Georgien, so das Resümee, habe nicht nur die Probleme der Bewaffnung, sondern auch die der Einsatzverfahren deutlich gemacht. Daher wird nun eine Umrüstung und Umstrukturierung der Streitkräfte diskutiert.

Wirtschaftsfachleute wiesen rasch auf die beachtlichen finanziellen Belastungen hin, die sich aus dem Konflikt und seiner Wahrnehmung im Ausland ergaben. Dabei wurden die Kosten des Militäreinsatzes selbst niedrig veranschlagt. Auch die Wiederaufbauhilfen und die Unterstützung für süd-ossetische Flüchtlinge fielen nicht wirklich ins Gewicht. Als problematisch wurde jedoch der Einbruch auf dem Aktien- und dem Währungsmarkt beurteilt. Nach Angaben des Finanzministers wurden allein am 8. August sechs Milliarden US-Dollar aus dem Land abgezogen. Der Wechselkurs des Dollars stieg während der Kriegstage um 69 Kopeken auf 24,57 Rubel. Die russische Zentralbank musste intervenieren, um den Rubelkurs zu stützen. Wirtschaftskreise warnten auch davor, dass sich Investoren zurückziehen könnten, wenn man im internationalen Raum nicht wieder auf Zusammenarbeit setzen würde. Bei seinem Treffen mit Wirtschaftsführern am 15. September nahm Präsident Medwedjew diese Sorgen auf und versprach, sich für den weiteren Ausbau der internationalen Wirtschaftszusammenarbeit einzusetzen.

Die Tatsache, dass das russische Vorgehen sich ungünstig auf die internationale Position Russlands auswirkte, wurde rasch wahrgenommen, aber zunächst eher trotzig kommentiert. Im seinem Gespräch mit dem russischen NATO-Botschafter Dmitrij Rogosin am 25. August erklärte Medwedjew, letztlich bräuchten die NATO-Mitglieder die Zusammenarbeit mit Russland, während Russland das Ende der Kooperation ruhig ertragen könne. Diese Äußerung stand im Gegensatz zu der Politik, die Medwedjew in den ersten Monaten nach seinem Amtsantritt favorisiert hatte. Dort hatte er auf Zusammenarbeit gesetzt, die Stärkung der interna-

tionalen Organisationen gefordert, Wahrung des Völkerrechts als prioritäres Ziel proklamiert und eine Initiative zur Neugestaltung der Europäischen Sicherheitsarchitektur lanciert. Die Umsetzung dieses Konzeptes ist nun deutlich schwieriger geworden. Russland hat mit dem Vorgehen in Georgien und noch mehr mit der einseitigen Anerkennung der Souveränität Abchasiens und Süd-Ossetiens international wenig Unterstützung gefunden. Das wurde Ende August auf dem Gipfeltreffen der Shanghai-Organisation deutlich, die zwar ihre Sorge wegen des Konflikts in Süd-Ossetien ausdrückte, trotz russischen Bemühens die Unabhängigkeitserklärungen von Süd-Ossetien und Abchasien aber ignorierte. Anfang September hatte neben Russland nur Nicaragua die beiden Staaten anerkannt. Russland drohte damit in eine Isolierung zu geraten.

### Erste Schritte zur Schadensbegrenzung

Nach einer ersten Phase hurrapatriotischer Euphorie hat sich in der russischen Führung die Einsicht durchgesetzt, dass der Ausgang des Fünf-Tage-Krieges durchaus ambivalent zu bewerten ist. Der erfolgreichen Demonstration von Stärke in der eigenen Interessenssphäre und der Schwächung der amerikanischen Position im Südkaukasus steht ein erheblicher Ansehensverlust in der internationalen Politik gegenüber.

Dies ist in der russischen Führung wahrgenommen worden. Das großmundige Selbstbewusstsein, das man im August demonstrierte, und dem auch eine isolationsistische Tendenz innewohnte – »Wir brauchen die NATO nicht« –, wird nun weniger offen zur Schau

getragen. Seit Ende August bemüht sich die russische Führung, Verständnis für ihr Handeln zu wecken. Präsident und Ministerpräsident versuchten in einer Abfolge von Interviews für BBC, CNN, Al Jazeera, das deutsche, das französische Fernsehen u.a. internationale Medien, das russische Vorgehen zu erklären. Man kann dies als Versuch der Schadensbegrenzung deuten, doch steht abzuwarten, wieweit die russische Führung bereit sein wird, die Regelung der Georgienkrise zu »internationalisieren«, d. h. sie im Rahmen der OSZE oder der UN zu behandeln und internationale Friedenstruppen zu akzeptieren. Die einseitige Anerkennung der Souveränität Süd-Ossetiens und Abchasiens scheint zu signalisieren, dass Russland eher auf eine nationale Lösung setzt. Immerhin hat die russische Seite aber bisher auf Schritte verzichtet, die substantielle Interessen der EU-Staaten verletzen. Nach wie vor ist es z. B. der Bundeswehr gestattet, bei der Versorgung des deutschen Kontingents in Afghanistan russisches Territorium zu überfliegen und den Stützpunkt in Kirgisistan zu nutzen. Nach wie vor wird ein großer Teil des Nachschubs der in Afghanistan stationierten NATO-Truppen durch Russland hindurch in die Einsatzregion transportiert. Russland ist also offenbar an der Fortführung des internationalen Dialogs interessiert. Allerdings ist die russische Führungselite heute mehr denn je davon überzeugt, dass Russland eine Großmacht auf Augenhöhe mit der EU und den USA ist. Diese Vorstellung wird künftige Verhandlungen zwischen Russland und der EU nicht leichter machen.

### Über den Autor

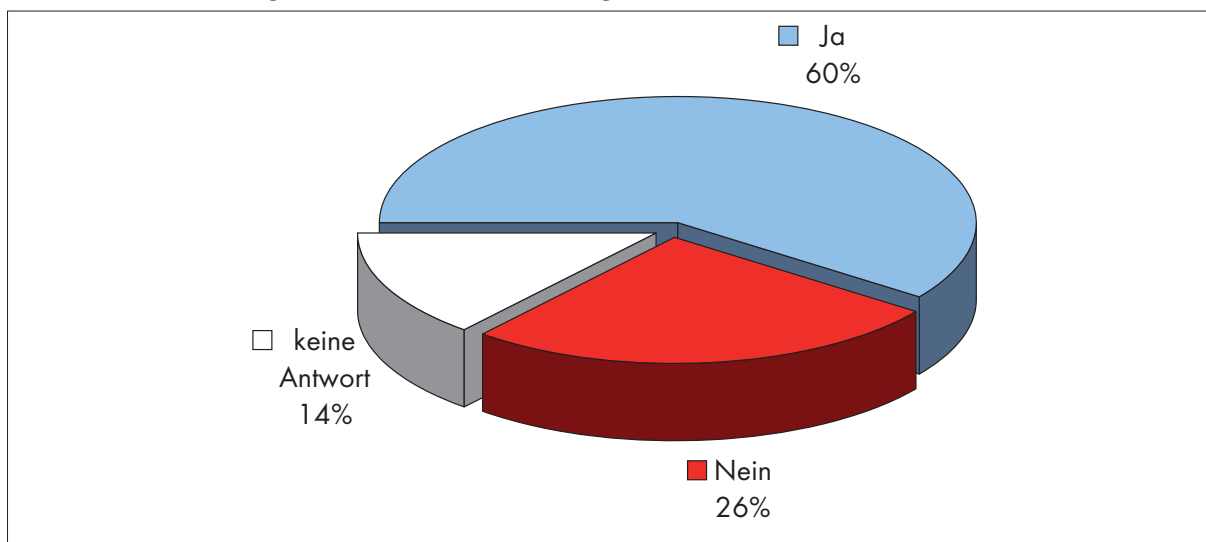
Prof. Dr. Hans-Henning Schröder lehrt osteuropäische Zeitgeschichte an der Universität Bremen.

### Literaturhinweis

- Nicolai N. Petro: Crisis in the Caucasus: A Unified Timeline, August 7-16, 2008. First compiled on August 28, 2008, this timeline is continuously being revised as more information becomes available. [http://npetro.net/resources/Crisis\\_in\\_the\\_Caucasus.pdf](http://npetro.net/resources/Crisis_in_the_Caucasus.pdf) 18. September 2008
- Jim Nichol: Russia-Georgia Conflict in South Ossetia: Context and Implications for U.S. Interests. Updated August 29, 2008. CRS Report for Congress Order Code RL34618 <http://fpc.state.gov/documents/organization/109503.pdf> 15. September 2008
- Hans-Henning Schröder (Hg.). Die Kaukasus-Krise. Internationale Perzeptionen und Konsequenzen für deutsche und europäische Politik. SWP-Studie 2008/S 25, September 2008 [http://www.swp-berlin.org/common/get\\_document.php?asset\\_id=5255](http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=5255) 18. September 2008
- Lars Peter Schmidt: »Unobjektiv«, »falsch« und »einseitig«. Reaktion der russischen Medien auf die Berichterstattung in Europa und den USA über den Krieg im Kaukasus und dessen Folgen für die Beziehungen Russlands zum Westen. Auslandsbüro Russland. Länderbericht, 21. August 2008.

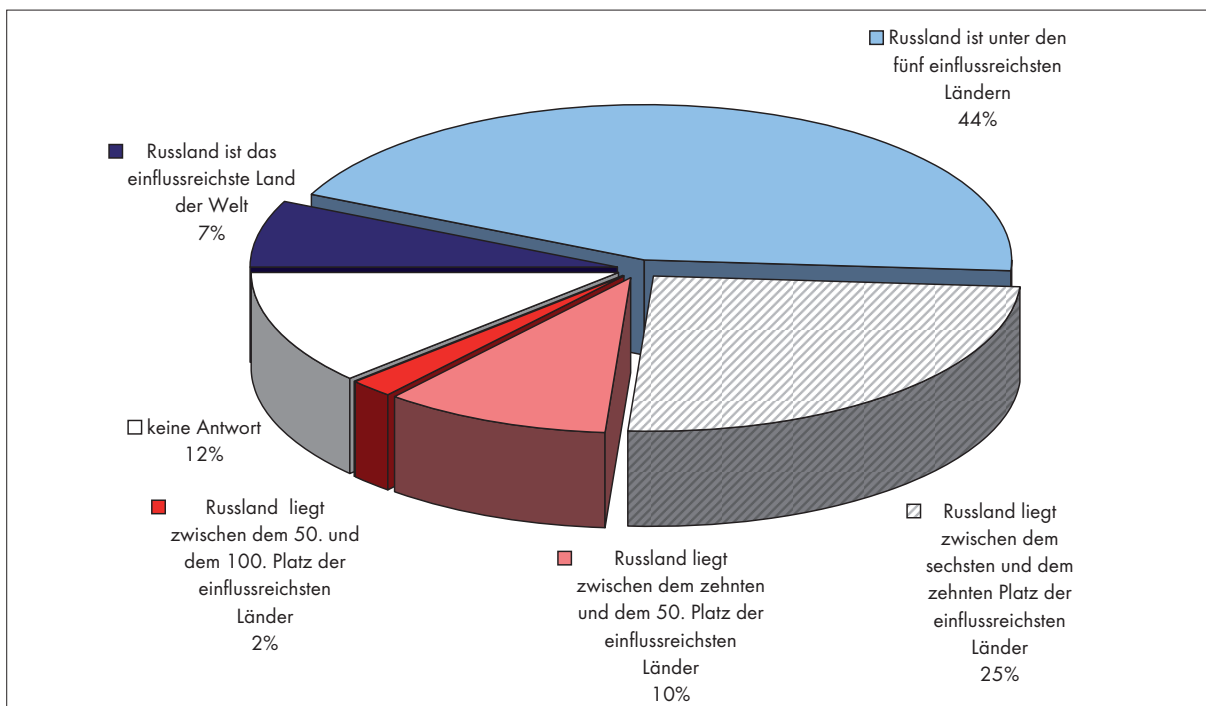
**Tabellen und Grafiken zum Text**
**Russland und die Welt nach dem Fünf-Tage-Krieg**
**Russland als Großmacht**

Kann man das heutige Russland Ihrer Meinung nach eine Großmacht nennen?



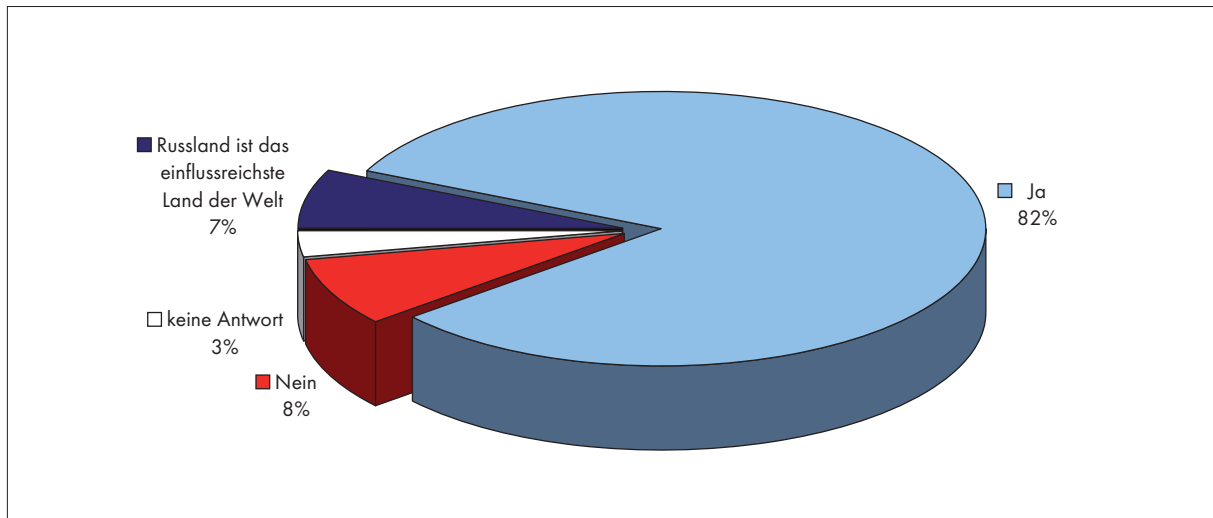
Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom 23.-24. August 2008  
<http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0834/d083422>

Welchen Platz nimmt Russland in Bezug auf seinen Einfluss auf die Weltlage ein?



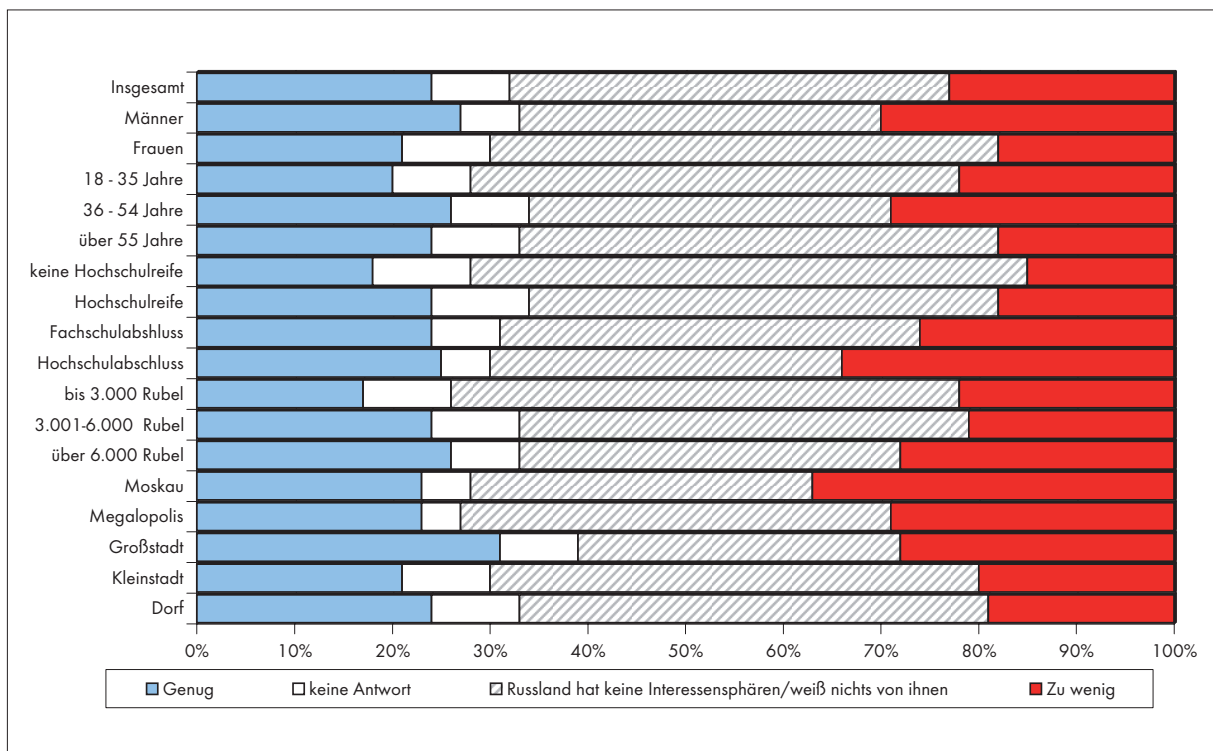
Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom 23.-24. August 2008  
<http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0834/d083422>

Sollte Russland Ihrer Meinung nach anstreben, das einflussreichste Land der Welt zu werden?



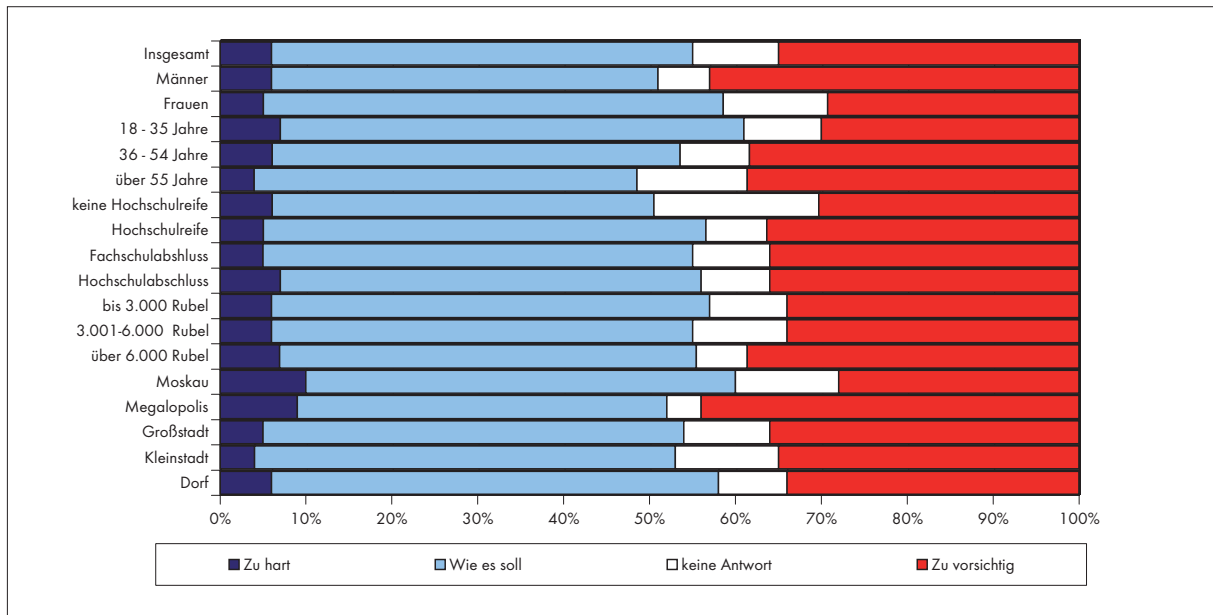
Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom 23.-24. August 2008  
<http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0834/d083422>

Hat das heutige Russland Ihrer Meinung nach genug oder zu wenig Einfluss in den Gebieten im Ausland, in denen es strategische Interessen verfolgt?



Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom 23.-24. August 2008  
<http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0834/d083422>

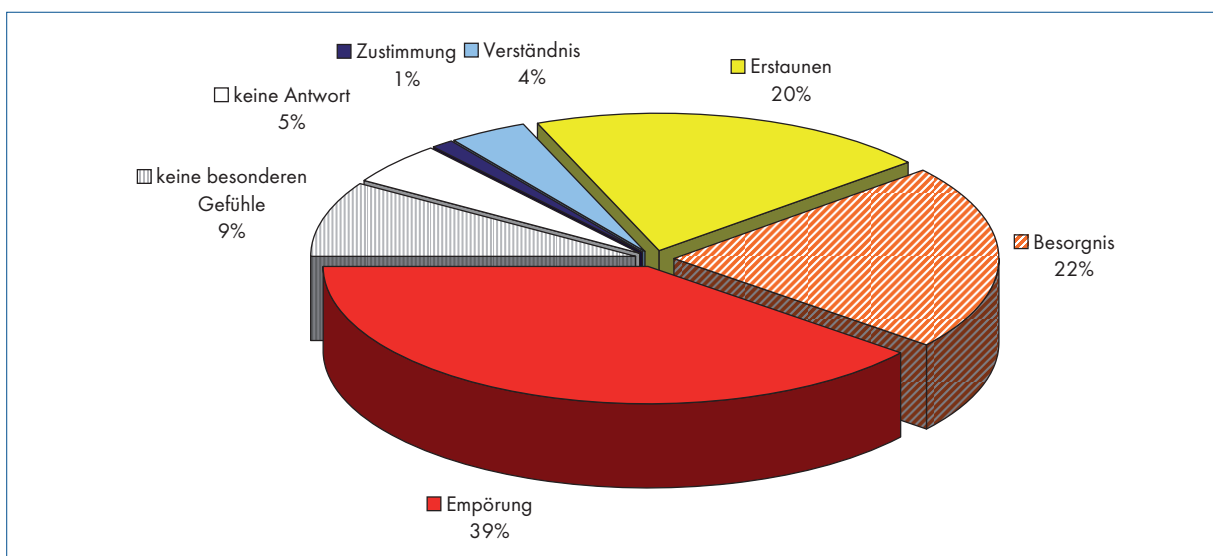
Wie geht Russland Ihrer Meinung nach außenpolitisch vor: zu hart oder zu vorsichtig? Oder geht es so vor, wie es soll, d.h. nicht zu hart und nicht zu vorsichtig?



Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom 23.-24. August 2008  
<http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0834/d083422>

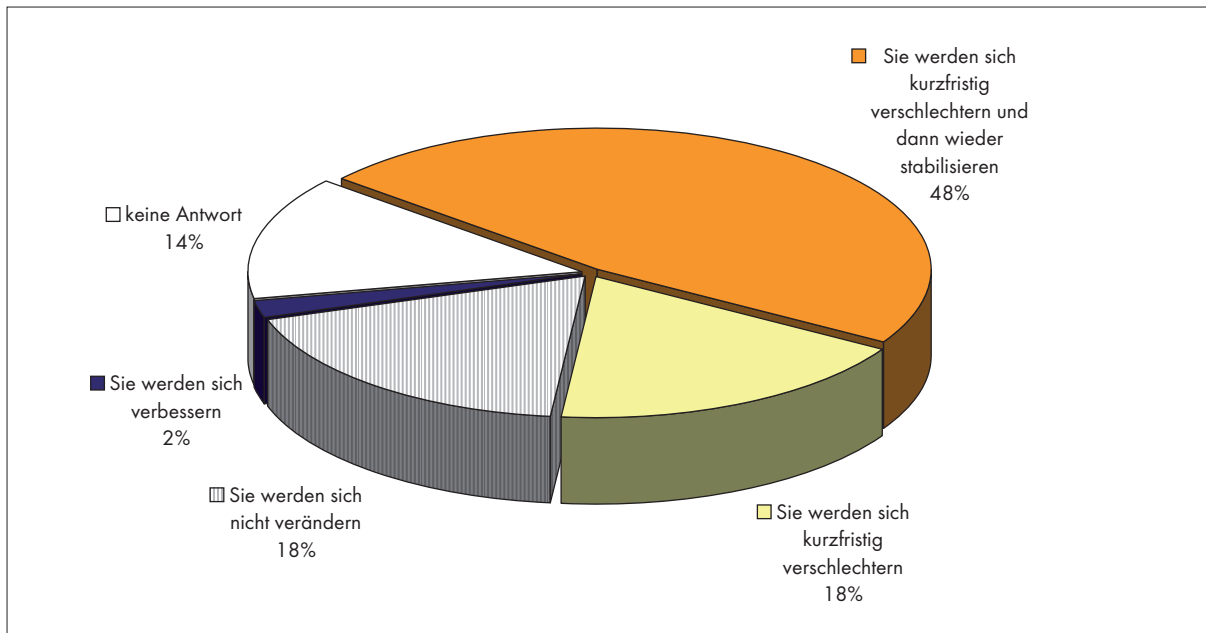
## Russland, die Ukraine, die USA und Europa

Welche Gefühle weckt die negative Reaktion der westlichen Länder auf das Vorgehen Russlands in Georgien bei Ihnen?



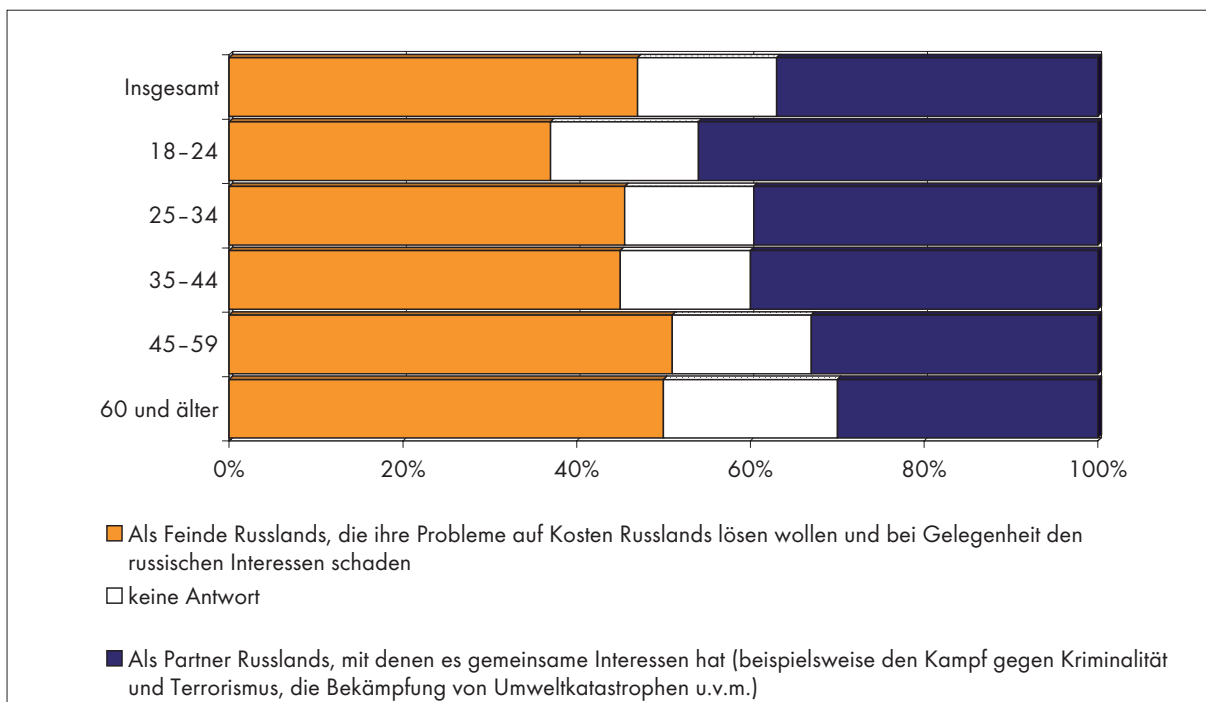
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 5.-8.9.2008  
<http://www.levada.ru/press/2008091001.html>

Wie werden sich Ihrer Meinung nach die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen verändern?



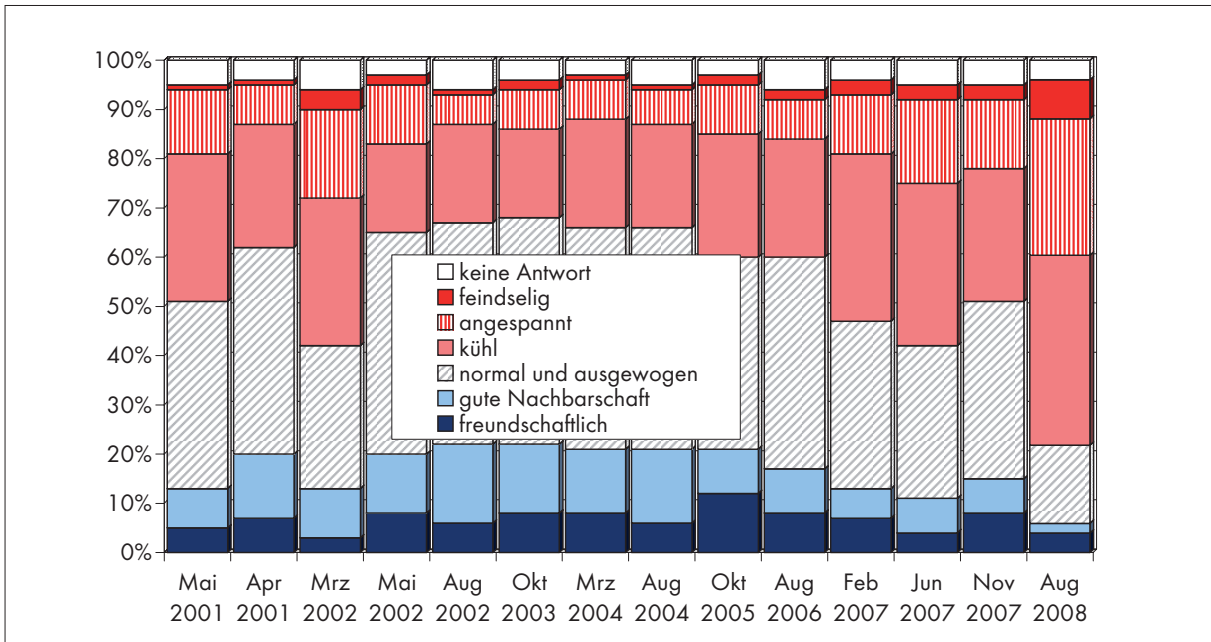
Quelle: Umfragen des WZIOM, zuletzt vom 30.–31.8.2008  
<http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/10624.html>

Als was würden Sie die größten Länder des Westens (USA, Deutschland, Japan, Großbritannien und andere) bezeichnen?



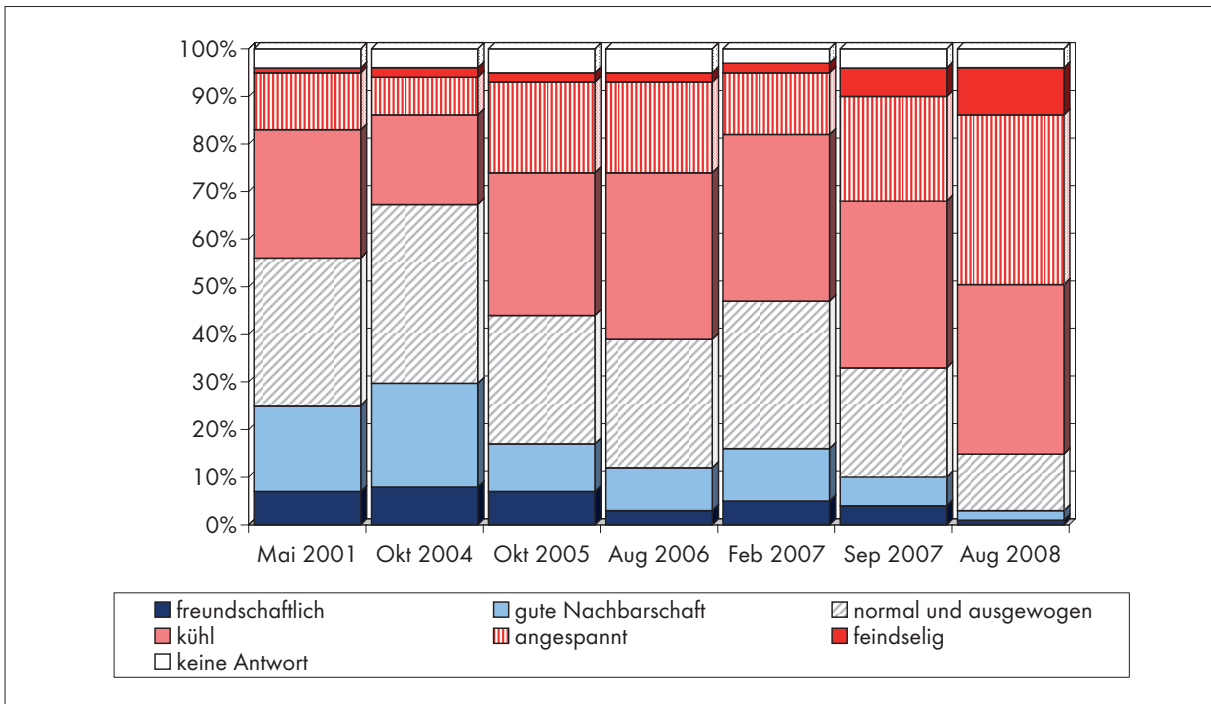
Quelle: Umfragen des WZIOM, zuletzt vom 30.–31.8.2008  
<http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/10624.html>

Wie würden Sie die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Russland und den USA einschätzen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 15.-18.8.2008 <http://www.levada.ru/press/2008082103.html>

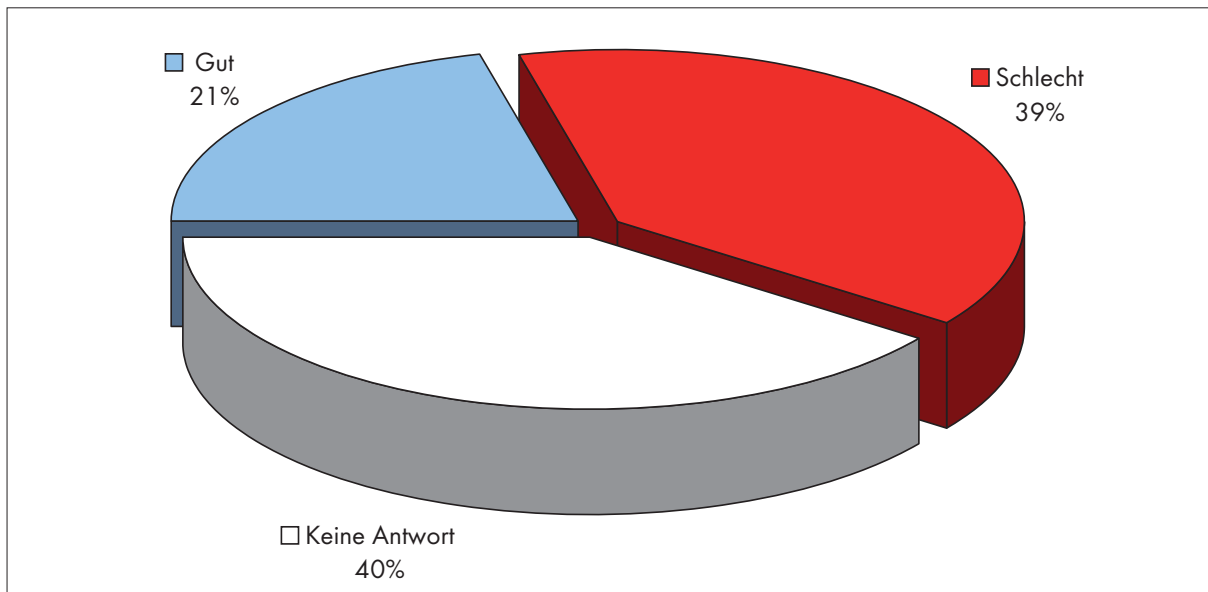
Wie würden Sie die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine beurteilen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 15.-18.8.2008 <http://www.levada.ru/press/2008082103.html>

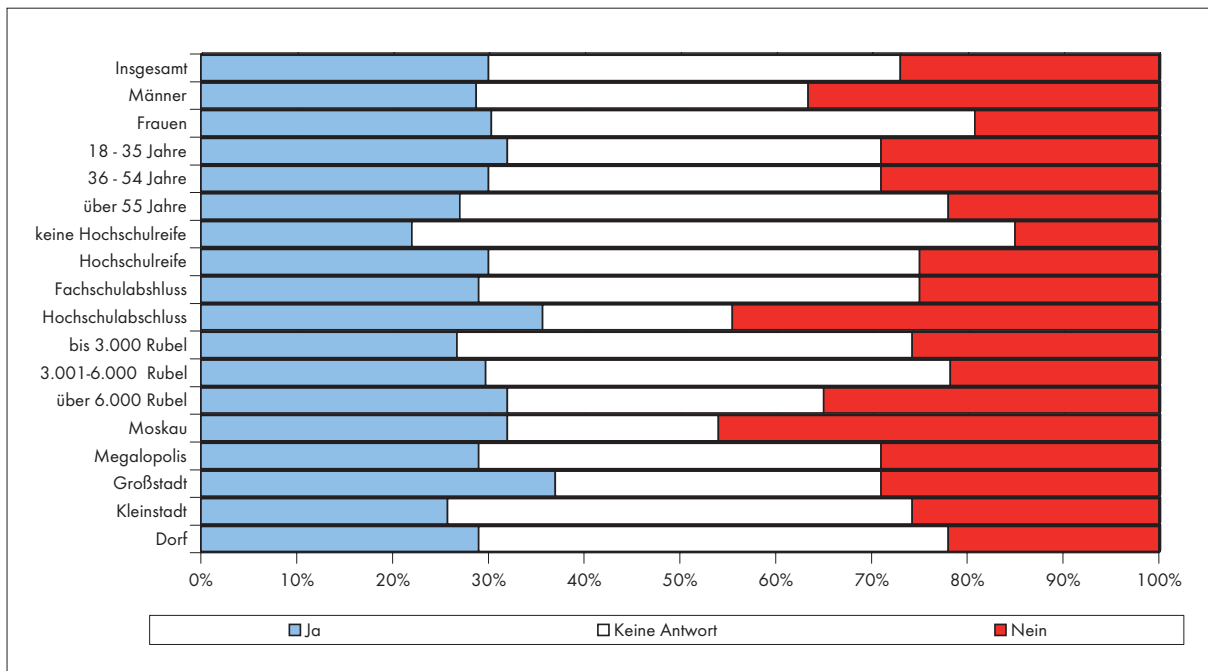


Sind die Beziehungen zwischen Russland und der EU im Moment gut oder schlecht?



Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom 6.–7. September 2008  
<http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0836/d083622>

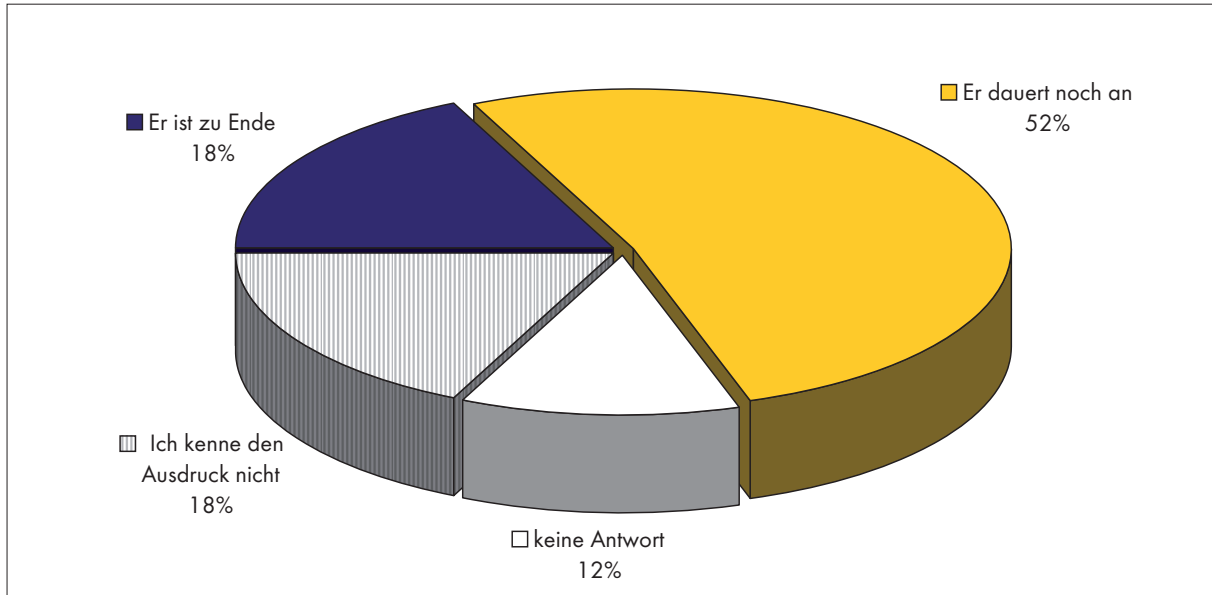
Sollte Russland Ihrer Meinung nach die Mitgliedschaft in der EU anstreben?



Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom 6.–7. September 2008  
<http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0836/d083622>

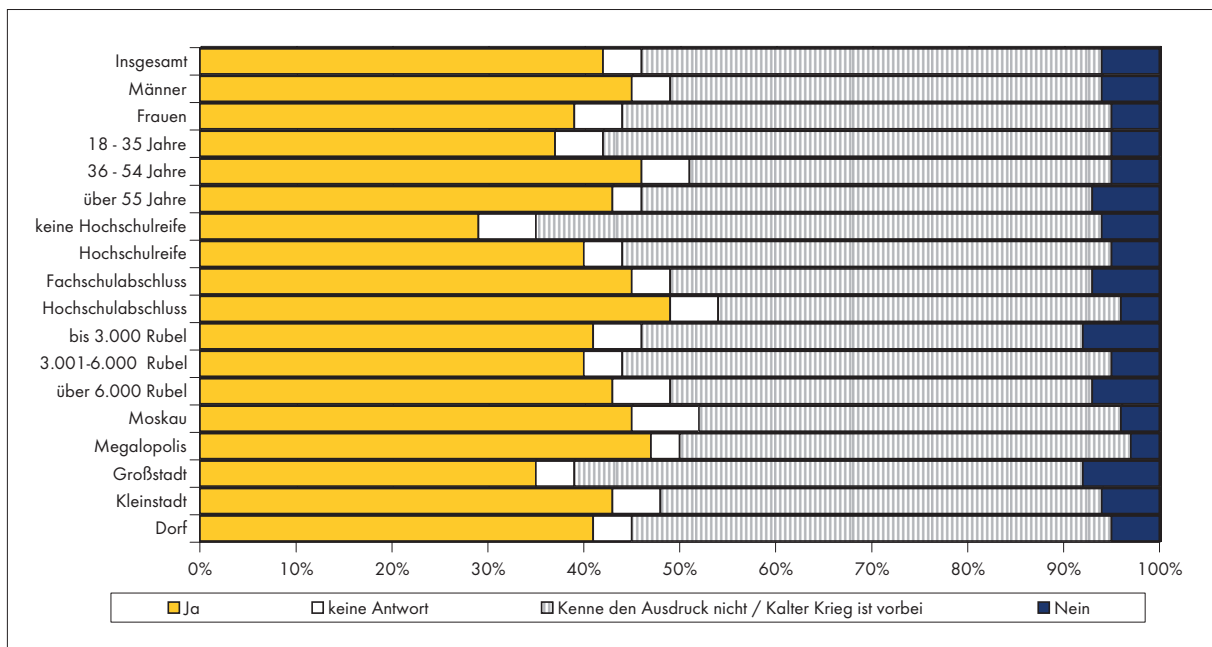
## Stehen wir im »Kalten Krieg«?

Was meinen Sie, ist der »Kalte Krieg« zu Ende oder dauert er noch an?



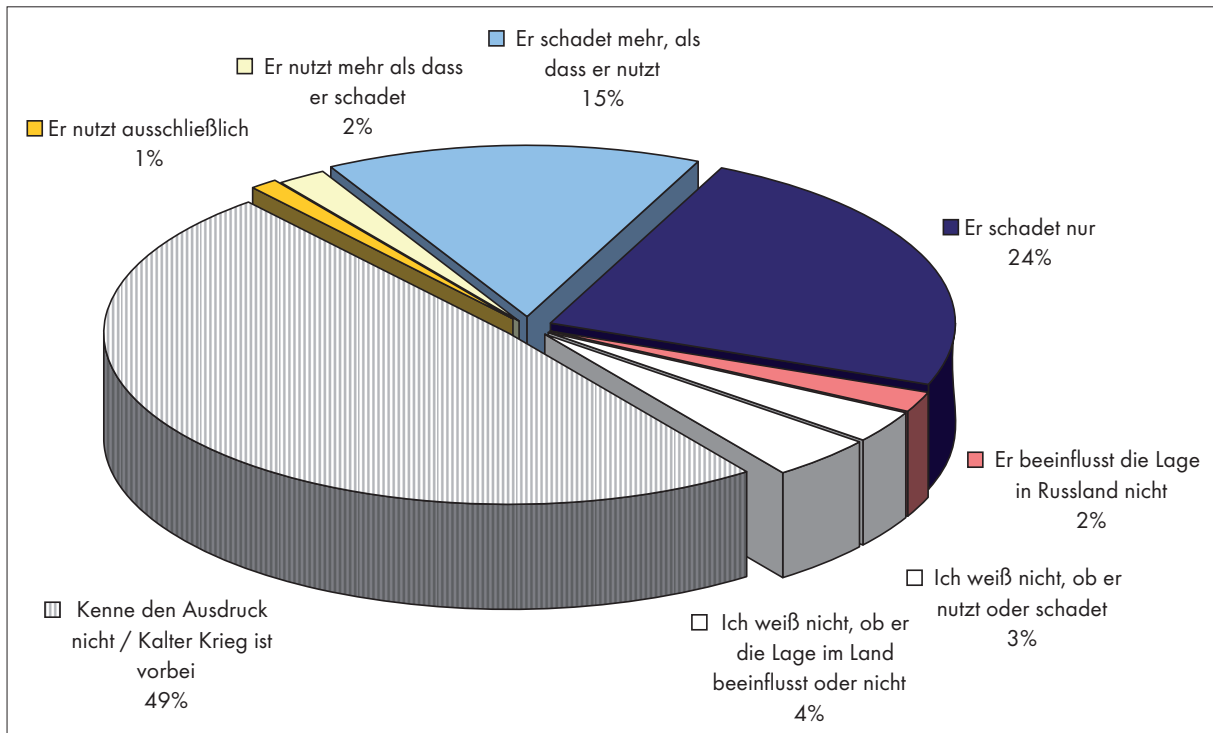
Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom 6.–7. September 2008  
<http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0836/d083621>

## Befindet sich Russland Ihrer Meinung nach heute noch im Zustand des »Kalten Krieges«?



Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom 6.–7. September 2008  
<http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0836/d083621>

### Beeinflusst Ihrer Meinung nach der »Kalte Krieg« die Lage in Russland?



Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom 6.–7. September 2008  
<http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0836/d083621>

Übersetzt und zusammengestellt von Anna A. Petrova

## Chronik

### Vom 1. bis zum 18. September 2008

1.9.2008	Auf dem EU-Sondergipfel zur Kaukasus-Krise wird die Anerkennung Abchasiens und Süd-Ossetiens durch Russland scharf verurteilt. Die EU erklärt, sie sei bereit, sich an der Konfliktlösung »auch durch Präsenz vor Ort« zu beteiligen. Die Gespräche über das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Russland (PKA) werden ausgesetzt, solange russische Truppen sich auf georgischem Boden befinden.
1.–2.9.2008	Offizieller Besuch Putins in Taschkent (Usbekistan).
3.9.2008	Nach einem Treffen mit dem russischen Präsidenten Dmitrij Medwedjew, erklärt Igor Smirnow, das Oberhaupt der international nicht anerkannten Republik Transnistrien, seine Bereitschaft, mit Moldawien Gespräche über die Regulierung des Konflikts in Transnistrien zu führen.
3.9.2008	Russland schließt seine Botschaft und sein Konsulat in Tbilissi.
4.9.2008	Der Mineralölkonzern BP und das Konsortium AAR, denen das Unternehmen TNK-BP gemeinsam gehört und die seit Monaten im Streit lagen, unterzeichnen ein »memorandum of understanding«, in dem die Streitigkeiten geregelt werden und BP weit reichende Zugeständnisse macht.
5.9.2008	Auf dem Gipfeltreffen der »Kollektiven Sicherheitsvertragsorganisation« (russ: ODKB) in Moskau wird eine Erklärung verabschiedet, in der Russlands Eintreten für Frieden und Zusammenarbeit im Kaukasus gelobt wird. Über die Anerkennung Südossetiens und Abchasiens schweigt sich der Gipfel aber aus. Der ODKB gehören Russland, Armenien, Belarus, Kirgistan, Kasachstan, Tadschikistan und Usbekistan an.
6.9.2008	In der Woche vom 2.–6.9. ist der russische Aktienmarkt weiter in Turbulenzen. Der MICEX fällt um 8,5 %, der RTS-Index um 11 %.
6.9.2008	Präsident Dmitrij Medwedjew unterzeichnet ein Dekret, mit dem die Abteilungen zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens im Innenministerium im Zentrum und in den Regionen aufgelöst werden. Auf ihrer Basis wird eine neue Struktur zur Bekämpfung des Extremismus geschaffen.
8.9.2008	Präsident Dmitrij Medwedjew und der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy treffen in Moskau zusammen und erörtern Schritte zur Regelung des Süd-Ossetien-Konfliktes. Sie einigen sich auf einen Plan, nach dem sich die russischen Truppen innerhalb eines Monats aus den Gebieten Georgiens, die außerhalb Abchasiens und Südossetiens liegen, zurückziehen werden.
8.9.2008	Die U.S.-Regierung teilt dem Congress mit, dass sie die Ratifizierung des »U.S.-Russia Agreement for Peaceful Nuclear Cooperation« nicht weiter verfolgt.
8.9.2008	In Schali (Tschetschenien) werden zwei Angehörige der Sonderpolizei OMON verletzt, als neben ihrem Fahrzeug eine Bombe zur Explosion gebracht wird.
9.9.2008	In Paris findet ein EU-Ukraine-Gipfel statt. Die EU strebt eine engere Zusammenarbeit mit der Ukraine an, eröffnet aber keine Mitgliedschaftsperspektive.
9.9.2008	Der russische Verteidigungsminister Anatolij Serdjukow teilt mit, dass Russland in Abchasien und Südossetien dauerhaft jeweils rund 3800 russische Soldaten stationieren werde. Damit verletzt Russland die geltenden Regelungen, nach denen es in Südossetien 500 Soldaten als Teil einer gemischten Friedenstruppe und in Abchasien maximal 3000 Soldaten als »Friedenstruppen« der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten unterhalten darf.
9.-10.9.2008	Auf der Tagung der OPEC in Wien bietet der russische Stellvertretende Ministerpräsident Igor Setschin, der mit einer großen Beobachterdelegation an der Tagung teilnimmt, der OPEC eine engere Zusammenarbeit an. Die OPEC kontrolliert ca. 40 % der globalen Ölförderung, Russland 11 %.

10.9.2008	In Muzalaul (Dagestan) kommt es nach einem Anschlag auf einen Polizisten zu einem Feuergefecht zwischen Sicherheitskräften und Untergrundkämpfern. Ein Polizist und zwei Guerillakämpfer werden getötet.
10.9.2008	Zwei strategische Bomber des Typs Tu-160 erreichen nach einem 15-stündigen Nonstop-Flug Venezuela. Nach einer Reihe von Trainingsflügen verlassen die Bomber Venezuela am 18.9.
11.9.2008	In Moskau findet in Anwesenheit von Präsident Dmitrij Medwedjew eine Beratung über Fragen der Entwicklung der russischen Streitkräfte statt.
11.9.2008	Der russische Außenminister Sergej Lawrow besucht Polen und führt Gespräche mit seinem polnischen Amtskollegen Radosław Sikorski. U. a. werden die Kaukasus-Krise und die Stationierung eines U.S.-Raketenabwehrsystems auf polnischem Boden diskutiert.
12.9.2008	Präsident Dmitrij Medwedjew spricht in Sotschi vor den Teilnehmern der Waldaj-Konferenz.
13.9.2008	Die regierungsnahen Partei »Einiges Russland« und die »Agrarpartei Russlands« teilen mit, dass sie sich zusammenschließen werden.
14.9.2008	In der Nähe von Perm stürzt eine Boeing 737 der Fluggesellschaft Aeroflot-Nord ab. 88 Menschen sterben dabei.
15.9.2008	Präsident Dmitrij Medwedjew empfängt eine Gruppe führender Wirtschaftsvertreter, zu denen u.a. die Führung des Industriellenverbandes RSPP und anderer Unternehmerverbände gehören, mit denen er Fragen der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik erörtert.
15.9.2008	Die Außenminister der EU beschließen in Brüssel die Entsendung einer zivilen EU-Beobachtermission zur Sicherung des Waffenstillstands in Georgien. Sie wird ca. 200 Mann stark sein, Deutschland wird sich mit 40 Personen beteiligen, davon 20 Polizisten. Die Beobachter sollen bis zum 1. Oktober in der derzeit noch von russischen Soldaten besetzten Pufferzonen vor Süd-Ossetien und Abchasien stationiert werden.
16.9.2008	Die Turbulenzen im amerikanischen Finanzsystem wirken sich direkt auf den russischen Aktienmarkt aus. Nachdem der RTS-Index 11,47 % und der MMVB-Index 17,45 % verloren haben, wird der Handel vorläufig eingestellt.
17.9.2009	Präsident Dmitrij Medwedjew unterzeichnet Freundschaftsverträge mit Abchasien und Süd-Ossetien, die eine militärische, diplomatische und wirtschaftliche Zusammenarbeit vorsehen.
17.9.2009	In Dagestan werden im Laufe einer Sonderoperation 10 Untergrundkämpfer von Sicherheitskräften gestellt und getötet. Ein Angehöriger des Inlandsgeheimdienstes FSB wird getötet, ein weiterer verletzt.
18.9.2008	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg entscheidet, dass der russische Staat verantwortlich ist für die Entführung von Ajuba Tachaeva, einer tschetschenischen Bürgerin. Russland wird zu einer Entschädigungszahlung in Höhe von 35.000 Euro verurteilt.
18.9.2008	Das Presnaer Bezirksgericht in Moskau verurteilt einen Unteroffizier der Miliz (Polizei) zu einem Jahr Haft mit Bewährung. Der Milizionär hatte den Leiter der Rechtsabteilung von TNK-BP nach einer Feier aufgegriffen und später zusammengeschlagen.

Die Russland-Analysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2008 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

## Lesehinweis

In der Sommerpause der Russlandanalysen sind zwei Ausgaben von OSTEUROPA erschienen. Heft 6/2008 widmet sich dem Thema »Geschichtspolitik und Gegenerinnerung. Krieg, Gewalt und Trauma im Osten Europas«. Es enthält auf 456 Seiten, 30 Aufsätze und 35 Abbildungen und kostet 24,00 €, ISBN 978-3-8305-1494-7. Das gesamte Inhaltsverzeichnis ist einzusehen <http://www.osteuropa.dgo-online.org/> Der Band enthält folgende Beiträge zu Russland.

**Karl Schlögel**

**Orte und Schichten der Erinnerung**

**Annäherungen an das östliche Europa**

Ostmittel- und Osteuropa war die Kernzone der Weltkriegs- und Revolutionsepoche. Hier tobte in präzedenzloser Form die Gewalt. Die Region geriet zwischen die Fronten von Nationalsozialismus und Sowjetkommunismus, sie war der Hauptschauplatz von Kriegen, sozialer und ethnischer Säuberungspolitik, des Genozids an den Juden, der Kriegführung der verbrannten Erde und großer erzwungener Bevölkerungs- und Fluchtbewegung. Es gibt keine Sprache, die all das auf einen Nenner bringen könnte. Erst wenn all jene namenlosen Millionen Opfer dieser Gewaltentfaltung benannt sind, kann ernsthaft von einer europäischen Erinnerung gesprochen werden.

**Boris Dubin**

**Erinnern als staatliche Veranstaltung**

**Geschichte und Herrschaft in Russland**

In Russland beansprucht der Staat das Monopol auf die Schaffung der Geschichte und die Weitergabe der Erinnerung. Jede Bewertung von vergangenem und aktuellem Geschehen, die von der offiziellen Linie abweicht, wird als feindlich wahrgenommen. Dies zeigt sich exemplarisch an der Memorialisierung des Großen Vaterländischen Krieges. Das Erinnerungssymbol vom »Sieg im Krieg« wurde in der Brežnev-Zeit mit der gesamten Macht des so-wjetischen Staates geschaffen. In der Putin-Ära wurde es reaktiviert. Es dient der Schaffung eines Kollektivs, der Definition des Feindes und der Legitimation der Herrschaft. Der Konsens über die Bedeutung des Sieges für Russland ist so breit, dass sogar Skepsis angebracht ist, ob das Familiengedächtnis ein Ort für eine Gegenerinnerung an den GULag ist.

**Stefan Troebst**

**1945**

**Ein (gesamt-)europäischer Erinnerungsort?**

Immer wieder ist die Rede von einer europäischen Erinnerungskultur. Mal wird sie als ein Produkt geschichtspolitischen Identitätsmanagements von Seiten der EU gedacht, mal als Angleichung nationaler Gedächtnisse. Doch ist eine einheitliche Erinnerungskultur denkbar? Eine Probe aufs Exempel stellt der zentrale Erinnerungsort »1945« dar. Die nationalen Gesellschaften Europas erinnern dieses Datum sehr unterschiedlich, gar gegensätzlich. Doch die Erinnerungskulturen sind so fluide, dass jederzeit mit einem Paradigmawechsel zu rechnen ist.

**Nationale Geschichtsbilder**

**Das 20. Jahrhundert und der »Krieg der Erinnerungen«**

**Ein Aufruf von MEMORIAL**

Das 20. Jahrhundert hat in der Erinnerung der Völker Ost- und Ostmitteleuropas tiefe Wunden hinterlassen: Revolutionen, Diktaturen, Weltkriege, die nationalsozialistische Unterwerfung und der Holocaust sind unvergessen. Jede Gesellschaft erinnert und verarbeitet die eigene Erfahrung auf ihre Art. Häufig steht die Erinnerung eines Volkes im Widerspruch zu der eines anderen. Begegnet man diesen Widersprüchen verständnis- und verantwortungsvoll, können sie das Geschichtsbewusstsein jeder Gesellschaft bereichern. Doch es bedarf einer Plattform, um den Dialog über konflikträchtige Themen zu führen. MEMORIAL ruft dazu auf, ein Internationales Geschichtsforum zu bilden.

**Karsten Brüggemann**

**Denkmäler des Grolls**

**Estland und die Kriege des 20. Jahrhunderts**

Im April 2007 löste die Umsetzung des »Bronzesoldaten« in Estlands Hauptstadt Tallinn Straßenkrawalle und diplomatische Konflikte mit Russland aus. Der Streit wurde zum Symbol für die gegensätzlichen Vergangenheitsbilder in Ost und West. 2004 hatte ein Gedenkstein für estnische Soldaten, die im Zweiten Weltkrieg in deutscher Uniform gekämpft hatten, international Aufsehen erregt. Nun plant Estlands Regierung, ein Denkmal zur Erinnerung an den Sieg im Freiheitskrieg 1918–1920 zu errichten. Damit geht der Denkmalstreit in die 3. Runde.

**Katja Wezel**

**»Okkupanten« oder »Befreier«?**

**Geteilte Erinnerung und getrennte Geschichtsbilder in Lettland**

Nachdem Lettland 1991 die Nationalstaatlichkeit wiedererlangt hatte, taten sich die Letten schwer, die in Lettland wohnenden Russen in Staat und Gesellschaft zu integrieren. Die Konflikte um die Staatsbürgerschaft sind heute weitgehend gelöst, doch die Gesellschaft ist weiter gespalten. Dies zeigt sich in aller Deutlichkeit an der Interpretation der Geschichte des 20. Jahrhunderts. Die Russen feiern wie zu Sowjetzeiten alljährlich den Sieg im Großen Vaterländischen Krieg. Für Letten markiert hingegen das Kriegsende den Beginn einer gewaltsamen Okkupation. Beide Seiten verehren ihre Helden und brandmarken die der anderen als Verbrecher.

**Elfie Siegl**

**Versöhnung über Gräbern**

**Deutsche Kriegsgräberfürsorge in Russland**

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. betreut seit dem Ersten Weltkrieg die Gräber gefallener deutscher Soldaten. 1984 konnte er erstmals auch in der Sowjetunion aktiv werden. Erst 1992 aber wurde ein Kriegsgräberabkommen zwischen Deutschland und Russland unterzeichnet. Trotz der allmählichen Annäherung bleiben deutsche Soldatenfriedhöfe für viele ältere Menschen in Russland ein Stein des Anstoßes, für andere ein Politikum. Die praktische Versöhnungsarbeit zeigt jedoch erste Resultate.

**OSTEUROPA 7/2008** setzt sich mit dem halbierten Bewusstsein der 1968er im Jubiläumsjahr auseinander. Es moniert die nationale Bauchnabelzentriertheit und die Ignoranz gegenüber dem, was 1968 in der östlichen Hälfte Osteuropas passierte. Das Heft »Das Enzym der Freiheit. 1968 und das halbierte Bewusstsein« enthält 15 Beiträge auf 196 S und kostet 15,00 Euro. Das gesamte Inhaltsverzeichnis ist einzusehen <http://www.osteuropa.dgo-online.org/> Auf Russland bzw. die Sowjetunion beziehen sich:

**Christoph Kleßmann**

**1968 in Ost und West**

**Historisierung einer umstrittenen Zäsur**

Anhänger, Sympathisanten und Kritiker der Achtundsechziger lassen sich in Diskussionen um 1968 oft eher von persönlichen Erfahrungen als von wissenschaftlicher Nüchternheit leiten. Um Voraussetzungen, Formen und Auswirkungen des Aufbegehrens benennen und beurteilen zu können, tut eine Historisierung Not. Dabei werden die Unterschiede zwischen den Bewegungen im Osten und im Westen Europas offensichtlich; viel mehr als den Zeitpunkt scheinen sie nicht gemein zu haben.

**Aleksandr Daniël'**

**Geburt der Menschenrechtsbewegung**

**Das Jahr 1968 in der UdSSR**

In Moskau begann das Jahr 1968 mit einer aufsehenerregenden Gerichtsverhandlung gegen Aleksandr Ginzburg und drei weitere systemkritische Schriftsteller. Zahlreiche Sowjetbürger protestierten. Waren solche Appelle bis dato nur

an die sowjetischen Institutionen gerichtet, riefen sie nun zum ersten Mal die Weltöffentlichkeit auf, den politischen Prozess zu verurteilen. Im Protest entstand die erste Samizdat-Zeitung, und über ihre Verbreitung bildete sich ein Netzwerk von Dissidenten. Die sowjetische Menschenrechtsbewegung war geboren.

**Lev Gudkov**

**Posttotalitäre Amnesie**

**Der Prager Frühling in Russlands Öffentlicher Meinung**

Der Prager Frühling, die Intervention der Warschauer-Pakt-Truppen in der Tschechoslowakei und die Unterdrückung der Demokratisierung, womit die Abkehr von einem »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« und später von der Idee des Sozialismus an sich verbunden war, haben in Russlands Öffentlicher Meinung von heute kaum Spuren hinterlassen. Darin kommen nicht nur die spezifischen Defizite der Sowjetgesellschaft zum Ausdruck, in der es keine freie Presse und Öffentlichkeit gab, sondern totalitäre Propaganda. Die weitgehende Verdrängung von Prag '68 und der Folgen hat auch damit zu tun, dass das imperiale Bewusstsein in breiten Kreisen der Bevölkerung fortbesteht.

**Elfie Siegl**

**Götzendämmerung**

**Der Prager Frühling in neuen Dokumenten**

Jüngst sind Hunderte bislang geheimer Dokumente zum Prager Frühling erschienen. Sie werfen ein neues Licht auf das Experiment des »Sozialismus mit menschlichem Antlitz, auf Brežnevs Rolle im Konflikt mit den Reformkommunisten in Prag und auf den Entscheidungsprozess, der zum Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen führte. Militärisch war die Intervention scheinbar ein Erfolg. Politisch war sie ein Debakel. Sie diskreditierte die sozialistische Idee und entzog den autoritären kommunistischen Parteien Legitimation, die sie durch Repression vorübergehend kompensieren, aber nicht zurückgewinnen konnten, wie sich 1989 zeigen sollte.



## Lesehinweis

### Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa auf [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

#### Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

#### Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

#### *kultura.* Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

#### Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

#### Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

#### Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: [zentralasien-analysen@dgo-online.org](mailto:zentralasien-analysen@dgo-online.org)

#### Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasi-schen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)